

# Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG  
für Politik, Kultur und Geschichte

## ■ Fußball in Leipzig

... und eine Demo und Karikaturen und viel Wasser  
und die Sorgen kleiner Vereine **Seite 3**

## ■ 50 Jahre KPD-Verbot

... und rund 10 000 bis heute nicht rehabilitierte  
Opfer westdeutscher Unrechtsurteile. Linkspartei  
kämpft für Aufhebung dieses Verbots-Relikts des  
Kalten Krieges **Seite 5**

## ■ Weltliche Sichten

... auf Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Verteilungs-  
gerechtigkeit. Prof. Rochhausens Gedanken zu einer  
marxistischen Analyse philosophischer Werte  
**Seiten 8/9**

# 12

2006

Nur  
ein  
Euro!

14. Jahrgang  
16. Juni

www.  
leipzigs-  
neue.de

■ ANZEIGE DER W&S AGENTUR WERBEN & STERBEN

# WIR STEIGEN EIN!

LEIPZIGER FREIHEIT

LEIPZIG

## URLAUBSFLÜGE

mit Zwischenlandung  
in Leipzig

LEIPZIG KOMMT!

Ingografik

# URLAUB IN AFGHANISTAN / IRAK / IRAN

**K**ombattanten der USA nutzen den Flughafen Leipzig beim Anmarsch ins irakisch-afghanische Kampfgebiet. Ab dem 1. Juli sind monatlich bis zu 160 Start- und Landemanöver vorgesehen, wie german-foreign-policy.com erfuhr und weitergehend recherchierte:

Auch die Auffrischung der Kriegstruppen durch Rotation und ihre zeitweise Rückverlegung erfolgt über den Leipziger Flughafen. Der mit gecharterten US-Maschinen vollzogene Truppentransfer verstößt gegen Artikel 5 Absatz 3 des völkerrechtlich bindenden Vertrages vom 12. September 1990 (2-plus-4-Vertrag), mit dem die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zustimmten. Demnach ist es verboten, ausländische Truppen auf dem früheren DDR-Territorium zu stationieren oder dorthin zu verlegen. Über diese Bestimmung setzt sich auch das Bundesverteidigungsministerium hinweg und will die Einbeziehung des Leipziger Flughafens in die bevorstehende Kongo-Expedition nicht länger ausschließen. Die Militarisierung der Leipziger Fluglogistik betrifft die gesamte Region,

## Kreuzgefährlich Airbase Leipzig

der US-Stellen androhen, sie eigne sich als Ersatz für das Nachschubzentrum Frankfurt am Main (Rhein-Main-Airbase).

**W**ie Augenzeugen bestätigen, landete am 23. Mai bereits eine erste US-Maschine vom Typ MD-11 in Leipzig-Schkeuditz. Das als zivil ausgewiesene Flugzeug befördert bis zu 400 Passagiere und wird vom Pentagon bei „World Airways“ gechartert – dem unter privater Flagge firmierenden größten Militär-Logistiker der USA. Der fallweise Einsatz von „World Airways“-Maschinen spart Bereithaltungskosten und erleichtert die Überflugvereinbarungen auf den Nachschubrouten in die jeweiligen US-Kriegsgebiete. Unter der Bezeichnung „North American Airlines“ fliegt das Unternehmen auch Waffen und andere Kriegsausrüstungen an die Front. Wegen rapide ansteigender militärischer Akti-

vitäten der USA wird ein monatlicher Reinertrag von etwa 11 Millionen Euro aus dem Militärbudget des Pentagon erwartet. Zusätzliche Profite will die Flughafengesellschaft aus dem Transport von Großwaffen nach Afghanistan ziehen.

**D**ie jetzt Nutzung des Leipziger Flughafens als Nachschubzentrum für laufende Kriegshandlungen hat die sächsische Landesregierung stets für unwahrscheinlich erklärt oder in Abrede gestellt. Noch im März teilte das Staatsministerium dem Dresdner Parlament mit, ihm lägen „keine Erkenntnisse bezüglich einer Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle durch ausländische Streitkräfte“ vor. Zu diesem Zeitpunkt war aber längst im Gespräch, dass die Truppenverlegungen künftig über Leipzig laufen werden. Für eine Leipziger Tageszeitung kein Problem. Sie nannte den weltgrößten Militärcharterer eine „zivile Fluggesellschaft“. Zum An- und Abtransport zehntausender Irak- und Afghanistan-Kombattanten erfand das Blatt den frisch-fröhlichen Aufmacher: „US-Soldaten fliegen über Leipzig in den Urlaub“.



## Auf ein Wort bitte



**CORNELIA  
ERNST**

SÄCHSISCHE LINKS-  
PARTEI -  
VORSITZENDE

... schreibt mit  
anderen Linken in  
dieser LN-Rubrik

## Fair und bunt

So stelle ich mir eine Fußball-WM vor, bunt, sportlich und die Besten sollen gewinnen. Als eingefleischte Anhängerin von Dynamo Dresden bin ich allerdings hinsichtlich weltmeisterlicher Ambitionen leidenschaftlich. Insofern interessieren mich Titel weniger als schöne Spiele.

Auch an dem gut gemeinten Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ kann ich mich erfreuen. Im Gegensatz zur braunen Bruderschaft im Lande, für die so viele Ausländer auf einem Haufen wahrlich ein Zumutung sind. Deshalb wollen sie sich wenigstens in Gelsenkirchen unter dumpfen Naziparolen auf einer NPD-Demo davon erholen. Allerdings darauf zu warten, bis die Polizei oder irgendein Amt uns das braue Problem löst, wäre ein Irrtum. Uns löst dieses Problem niemand

weg, wir müssen das schon selbst tun. Und deshalb hat sich die Initiative „Zivilcourage gegen Gewalt – für friedliche Spiele in Deutschland“ in Sachsen konstituiert und vor allem dafür ausgesprochen, gemeinsam Stoppzeichen gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu setzen. Dieser von mir und meinem innenpolitischen Amtsbruder der SPD-Landtagsfraktion Stefan Brangs ins Leben gerufenen Erklärung sind mittlerweile 26 Persönlichkeiten in Sachsen beigetreten. Starke Bündnisse gegen rechts sind ein Gebot der Stunde. Dafür wollen wir uns (auch über die WM) hinaus stark machen. Und was den Fußball angeht: die WM wollen wir uns nicht vermiesen lassen.

Denn Fußball soll ja auch ein Spiel sein. Oder doch nicht? Genau würde ich mich da nicht festlegen. Schau ich mir das Nationale Sicherheitskonzept an, dann scheint die WM eher eine Antiterrorübung zu sein. Die Stadien sind wie Hochsicherheitszonen ausgebaut, Videoüberwachung bei den Übertragungen flächendeckend. Ein Großaufgebot von Polizei und mindestens 2000 Bundeswehrsoldaten sind im Einsatz, im Notfall sogar 7000. Und mein persönlicher Freund Beckstein erklärte neulich auf dem Europäischen Polizeikongress, dass er am liebsten Panzer vor die Stadien stellen würde – zur Abschreckung von Hooligans! Blöderweise kam ihm das BVG-Urteil zum Luftsicherungsgesetz in die Quere, das einen Bundeswehreininsatz im Inneren für

grundgesetzwidrig einstuft.

Auch ansonsten ist es schon merkwürdig, wie das Motto der WM verstanden sein soll. Wer Tickets für die Spiele kaufte, musste seine persönlichen Daten hinterlassen. Die Tickets sind mit RFID-Chips bestückt, so dass per Funk Bewegungsbilder des Käufers erstellt werden können. Amerika light, kann ich da nur sagen.

Merkwürdig ist ebenso die Akkreditierungspraxis für Journalisten und alle WM-Beschäftigten. Etwa 250 000 Menschen verkaufen in und um die Stadien Würstchen oder Schöllereis, reinigen die Toiletten und verhöckern Souvenirs, überwachen die Brandmelder. Auch der letzte Würstelbrater musste sich „freiwilligen“ Sicherheitsüberprüfungen unterziehen. Dabei wurde er vom Verfassungsschutz durchleuchtet. Von den 7480 in Sachsen tätigen WM-Beschäftigten wurden immerhin 158 vom Verfassungsschutz abgelehnt. Schulden haben, reichte dafür aus, man könne ja dadurch von Bin Laden erpresst werden. Dass das gegen das Datenschutzgesetz und das Verfassungsschutzgesetz verstößt, ist dabei schnuppe.

So wie Bettler und Drogensüchtige schnuppe sind zur WM, die fliegen aus den Stadtzentren und den stadionnahen Gebieten raus, chinesische Lösung.

Hm.

Es ist Fußball-WM. Fußball ist nur ein Spiel. Kaum zu glauben.

## Eine skandalöse Überlegung

„Es könnte sein, dass dieser Name wieder verwendet wird“, sagte Stadtplanungsamtsleiter Wolfgang Kunz der *Leipziger Volkszeitung* (10./11. Juni, S. 17). Auf gut deutsch: Amtsleiter Kunz und wohl einige andere Damen und Herren im Rathaus haben die Absicht, den Namen *Wilhelm-Leuschner-Platz* zu tilgen und das Areal statt dessen wieder Königsplatz zu benennen.

Der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner, aktiver Gegner des Hitler-Regimes, wurde von den Faschisten am 20. September 1944 in Plötzensee hingerichtet. Ihm zu Ehren gaben die Stadtverordneten bereits am 1. August 1945 jenen zentralen Platz in unmittelbarer Nähe des Rathauses seinen Namen. Und nun kommen einige Amtsträger dieser Stadt daher und erwägen, diesen Beschluss rückgängig zu machen. Schon diese Erwägung allein ist ein Skandal erster Güte, für den es keine Entschuldigung gibt.

• ARGUS

## Eine skandalöse Schließung

LN berichtete bereits vom Skandal, dass die Leipziger Gedenkstätte für Zwangsarbeiter – die einzige ihrer Art in Deutschland – vor dem finanziellen Aus steht. Abzuwenden wäre es womöglich, wenn getreu der sächsischen Gedenkstättenpolitik, nicht nur der Opfer, sondern auch der Täter gedacht würde, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft kamen.

Auf Intervention der Linksfraktion.PDS nahm Staatsministerin Barbara Ludwig inzwischen in der Sitzung des zuständigen Landtagsausschusses Stellung zur Zukunft der Gedenkstätte. Kurzum, deren weitere Existenz sei äußerst ungewiss. Eine Projektförderung sei derzeit ausgeschlossen. Allenfalls die Genehmigung einer neuen ABM-Stelle komme in Frage. Deren Finanzierung müsste aus dem Haushaltsvollzug der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten erfolgen (aus der alle NS-Opferverbände, also auch die ZwangsarbeiterGedenkstätte, wegen deren ungeheuerlichen Gleichsetzung von Opfern und Tätern ausgetreten sind). Ob die (geringe) Summe für die Kofinanzierung einer ABM-Stelle allerdings überhaupt von der Gedenkstättenstiftung aufgetrieben werden könne, sei noch unklar.



## Kirow-Werker immer noch am Ball

Trotz Fußball-WM kamen am 12. Juni etwa 140 ehemalige Leipziger KIROW-Werker zum 14. der alljährlichen Treffen ins ehemalige BSG-Kanuheim von Motor West. So auch Hans Winkler, der jedes Jahr gern wieder aus dem „Westen“ an's heimatische Pleiße-Wehr fährt. Er schwärmt vom gemeinsamen FDGB-Urlaub mit der Familie des Technischen Direktors, Herrn Sturm, der heute auch wieder dabei ist, und seinen vierten Memoiren-Band der Reihe „Opa erzählt“ mitgebracht hat. Das Buch über sein Arbeitsleben im VEB S. M. Kirow „gibt es nur in der Verlagsbuchhandlung Bachmann unter den Arkaden des Alten Rathauses“ erklärt er stolz und freut sich schon auf's Wiedersehen am 4. Juni 2007.

[www.liebichs.de/kirow](http://www.liebichs.de/kirow)



## APRIL kein Aprilscherz

Leipziger Aktionsbündnis gegen den Ausverkauf der Stadt

LN. Der Totalverkauf der Dresdner kommunalen Wohnungsgesellschaft führte erwartungsgemäß auch in Leipzig zur Überlegung, kommunale Unternehmen zur Sanierung des Haushaltes zu veräußern. Aus Protest dagegen formierte sich die Antiprivatisierungsinitiative Leipzig (APRIL). Mieterverein, ver.di Bezirk Leipzig/Nordsachsen, attac, der Stadtverband Leipzig DIE LINKE, PDS, WASG, und Sozialforum Leipzig arbeiten eng zusammen, werden dabei von der SPD und Bündnis 90/Grüne unterstützt.

Da inzwischen konkret der Verkauf

der Leipziger Wohnungs- und Bau-gesellschaft (LWB) in der Diskussion ist, hatten die Stadträte im Aufsichtsrat Annemarie Opitz, Ingo Sasama und Siegfried Schlegel in einem Positionspapier die Gefahren eines solchen Verkaufs herausgearbeitet. Das APRIL-Netzwerk hatte am 15. Juni (nach Redaktionsschluss) im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig den Direktor des Deutschen Mieterbundes, Dr. Franz-Georg Rips, für ein Forum zu Gast. Thema: „Droht der Ausverkauf der Stadt – Wohnungen und Mieter als Spielball für Finanzinvestoren“.

APRIL begründet die Ablehnung der LWB-Privatisierung damit, dass Verkäufe die Haushaltprobleme nicht lösen und stattdessen Handlungsspielräume der Kommune eingeengt werden. Wohnungen sind nicht nur Wirtschafts- sondern auch Sozialgut.

## Machenschaften um Deponie Cröbern

Entgegen anders lautender Informationen birgt der Streit um die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Zeckverband Abfallwirtschaft und dem Kreis Delitzsch weiter die in Gefahr in sich, die Abfallpreise unaufhaltsam in die Höhe zu treiben.

Da für eine solche Entwicklung die Verantwortlichen im Regierungspräsidium Leipzig zu haften haben, fordert der Leipziger Stadtrat der Linksfraktion, Reiner Engelmann, eine Untersuchung durch den sächsischen Landtag.

Durch das Regierungspräsidium seien gravierende Fehler gemacht worden, beginnend mit der Erpressung der Stadt Leipzig, die Deponie Cröbern mitzufinanzieren. Das Regierungspräsidium habe damit vertuschen wollen, dass es eine völlig unnötige Deponie für Private auf Kosten der Kommunen genehmigt hat.

Bei der Genehmigung des Vertrages zwischen dem Kreis Delitzsch und dem Zweckverband Abfallwirtschaft kontrollierte das Regierungspräsidium nicht ausreichend, ob der Kreis überhaupt über die Kapazitäten verfügt, einen solchen Vertrag zu erfüllen. Was nun teure Konsequenzen habe.





Karikatur: Waldemar Ruksc



Montage: Kazimierz Napiorkowski

## Polen vor ... bitte noch weitere Einwürfe !

Ohne schon vor dem allerletzten Anpfiff zu spekulieren, behaupte ich: Polen hat hier in Leipzig zur Fußball-Weltmeisterschaft schon gewonnen. Ohne im Zentralstadion zu spielen.

Tja, es sind eben Künstler ... von der satirischen Art, denen das gelang. Unübersehbar haben sie für die kommenden drei Wochen die Wände im Polnischen Institut gegenüber vom Alten Rathaus in Beschlag genommen.

Bissig und einfallsreich wird über die „schönste Nebensache der Welt“ (ist sie das wirklich, da gibt es doch noch anderes) gewitzelt und gekritzelt. Zur Feder griffen „alte Meister“ wie Andrzej Mleczeko und Marek Raczkowski aber auch Anfänger. Das Ganze steht unter der Schirmherrschaft des polnischen Fußballverbandes PZNP und kam dieser Tage direkt aus Warschau in die Weltmeisterstadt Leipzig.

Übrigens sind sich Karikatur und Fußball in Warschau besonders nah. Zum Karikaturmuseum in der Hauptstadt hat es der polnische Fußballverband nicht weit. Denn sein Sitz ist nur hundert Meter vom dortigen „Haus des Lachens“ entfernt.

„Diese Nähe führte jetzt dazu, die Fußballwelt zu zeichnen, zu überzeichnen, uns ein wenig zu geißeln zu belustigen und zum Nachdenken zu bringen.“ - freute sich Michal Listkiewicz vom Polnischen Fußballverband.

Und ganz parteiisch setzt er hinzu: Ich hoffe, der 5. Karikatur-salon bringt seinen Besuchern viele Eindrücke und Gründe zum Lachen – den polnischen Fußballerm möge er Glück bringen bei der Weltmeisterschaft 2006.

Ich sage jetzt als Unparteiischer: Mir ist es egal, wer Weltmeister wird. Aber diese Karikaturen haben schon jetzt bei mir gewonnen. Deshalb: Ansehen! Gerade wenn man sich sonst für andere „schöne Nebensachen“ interessiert.

• M. Z.



Karikatur: Marek Raczkowski

## Vorsicht!

Leipzig ist sportfreundlich. Wer willt da auf den ersten Blick widersprechen. Aber kann man das nur an dem für Sachsen guten Organisationsgrad von 14 Prozent der Einwohner und den unübersehbaren neuen Anlagen wie Stadion oder Arena festmachen?

Der Stadtsportbund ist die größte soziale Organisation im Freistaat. Zur Jahreshauptversammlung, dem Stadtsporttag, wurden die Verantwortlichen und die Vereinsvertreter brüskiert, durch die Abwesenheit des Freistaates, des Regierungsbezirkes und der Stadtspitze. Lag es nur an den wie immer übervollen Terminkalendern?

Obwohl, zwei Stadträte für Sport, die Herren Rost und Ullrich, traten in Erscheinung und erklärten ihre erfolgreichen Bemühungen, die Kürzungen der finanziellen Mittel von vorgesehenen 28 auf 8 Prozent abzumildern.

Empört äußerte sich Sportbundpräsident Gasch über „Leute, die nicht wissen, was sie reden und was sie tun ...“ Bekannt wurde auch, dass die Stadt wichtige Reinigungsaufträge für Sportanlagen weiter kürzte. Vereinsvorstände kritisierten unschöne Sanitäreinrichtungen, sowie verschlissene und damit gesundheitsgefährdende Parkettböden.

Nun waren bei diesen Klagen mit zwei zuständigen Stadträten die „Mächtigen“ oder die wohl eher finanziell „Ohnmächtigen“ zwar vertreten – aber auch sie konnten ihre leeren Hosentaschen nicht umkrepeln.

Mit dem Begriff sportfreundliches Leipzig sollte man vorsichtig umgehen. Sehr vorsichtig. Jedenfalls solange sich alles nur ums Geld dreht.

• J. S.

## Kamera läuft!

Sicher ist, dass nichts sicher ist! Könnte man die nebenstehende Karikatur des polnischen Spötters Marek Raczkowski nicht auch in dieser Hinsicht deuten. Ich vermute mal, ohne jemand nahetreten zu wollen, dass die vornehmlich jungen Leute, die sich einen Tag nach der Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft im Leipziger Süden in heißer Mittagsstunde zur Protestdemo trafen, diese Karikatur



Die annähernd einhundert Teilnehmer verband trotzdem das unguete Gefühl, ständig und zunehmend mit System in dieser Gesellschaft beobachtet und kontrolliert zu werden. Die jungen Leute trafen sich nun vor aller Augen – auch denen der Polizei – um gegen übertriebenen Sicherheitswahn, anlässlich der Fußballweltmeisterschaft, zu demonstrieren. Umfängliche Polizeipräsenz war also dieser plakatierten und angemeldeten Demonstration sicher.

Es wurde kontrolliert aber auch miteinander geredet. Wie tönt es derzeit allerorten: Diese Tage sind eine Herausforderung für Deutschland – nicht nur in sportlicher Hinsicht. Geht es doch vor allem

um sichere Spiele. Sicherheit das verspricht Schutz vor Unruhe, Chaos und Gewalt.

Wer sich auf der Internetseite von „Kick Control“ einliest erfährt: Diese junge Leute organisierten in Leipzig kürzlich eine Woche lang lautstark, originell und mit Hintersinn ihre Spiele gegen den Überwachungswahn auch dieser Weltmeisterschaft. Anfänglich sogar musikalisch, als sich das Aktionsbündnis

„Kick Control“ auf Radio Blau vorstellte. Dann gab es mobiles Kino, als Kurzfilme per Beamer an Häuserwände

im Leipziger Süden projiziert wurden. In diesem originellen ortsungebundenen Kino wurden Überwachungspraktiken verdeutlicht. Man lud ein zu einem videokritischen Stadtrundgang. Denn jetzt wurden Kameras aufgestockt, wo es nur geht. Und was vielen Fans unbekannt sein dürfte: Die RFID Schnüffelchips in den WM Tickets. Auch darüber wurde informiert und über die Tatsache, dass sich seit Jahrzehnten Mechanismen und Techniken verfeinern. Auf einen Punkt gebracht heißt das: Repressalien statt Lösung gesellschaftlicher Konflikte.

• Jo.



Gesehen im Leipziger Zentralstadion

Foto: R.Fiebelkorn

## Ohne Wasser merkt Euch das ...

Sosehr daran zu zweifeln ist, dass die Fußball-WM die Wirtschaft spürbar belebt, so gewiss hat sie die Werbewirtschaft in Schwung gebracht. Auch dem Fußball weit entlegene Institutionen und Firmen bis hin zu Imbissbuden finden Geschmack am runden Leder und an der Nationalelf.

Beispiel Leipziger Wasserwerke, deren Informationsblatt (das wir schon einmal überflüssig nannten, weil es nur wenig zur Sache bot) ganz im Zeichen der WM steht: mit Hinweisen auf Sicherheitsvorkehrungen, Catering, Rasenpflege im Zentralstadion, die Riesenleinwand auf dem Augustusplatz, mit einer Vorstellung der anderen deutschen Stadien, mit Mannschaftsübersicht und Spielplan ... Die einzigen Bezüge zwischen Fußball und Wasser sind dabei das erwähnte tägliche Testen der Wasserqualität im Stadion und die Förderung von Nachwuchstalenten der SG Taucha durch die Wasserwerke.

Alles ist aber in trockenen Tüchern.

• G. L.



# Drüber und Drunter



An Leipzigs erster Straßenbahnunterführung an der neuen Kreuzung Marschnerstraße geht es für die Tram drunter und für Autos und Fußgänger drüber.

(links)

Im neuen Elstermühlgraben fließt es mal über- mal unterirdisch. Naturfreunde hoffen dort auf seltene Wasserfledermäuse im dunklen Gewölbe.

(unten)

Fotos: Gerhard Märker

**Wort gegeben – Wort gehalten! Mit diesem, früheren Bau-Slogan könnte man die rechtzeitige Fertigstellung zahlreicher Verkehrsbaumaßnahmen beschreiben. Unser Autor SIEGFRIED SCHLEGEL, ein ausgewiesener Experte auf diesem Gebiet, ging für LN in die (Fahr-)Spur ... und wurde erstmal ausgebremst.**

Noch staut es sich bei der Fertigstellung des Ringschlusses der A38 zwischen B2 in Gaschwitz und der A14 bei Kleinpösna. Aber ab Juni kann nun der Autobahnabschnitt zwischen der B2 in Gaschwitz und Abfahrt Leipzig Südwest mit einer durchgängigen Verbindung zur A9 zum Knoten Rippachtal und bis nach Leuna genutzt werden. Seit längerem fertig sind in Leipzig der Goedelerring, der Grimmische Steinweg, der Johannisplatz und die Marschnerstraße sowie die Friedrich-Ebert-Straße einschließlich Westplatz. Der Bau der Russenstraße und des 2. Abschnitts der Straße des 18. Oktober, kam übrigens nur deshalb in Gang, weil durch Anträge der PDS-Fraktion schon Planungen vorlagen. Der Ausbau des Knotens mit der Schomburgk-/ Ludwig-Hupfeld-Straße erfolgte bei fließendem Verkehr und benötigte deshalb mehr Zeit.

## Über viele Brücken darfst du gehn und fahren

Freigegeben ist der Doppelnote Merseburger-Rückmarsdorferstraße mit einer Brücke über die S-Bahn als Teil des Tangentenvierecks. Seit einem Monat ist die Prager Straße wieder vom Völkerschlachtdenkmal bis zur Kregelstraße befahrbar. Für den Brückenneubau gab es schon 1996 ein Gutachterverfahren zur Gestaltung und Konstruktion. Auch der Autor setzte sich dafür ein, dass die markanten, und ein Stadtpragmatischen Obelisken der 1905 erbauten alten Brücke in den Neubau zu integrieren sind. Neben dem Völkerschlachtdenkmal, der Russisch-Orthodoxen Kirche, der Messehalle 16 oder der Deutschen Bucherei sind sie Architekturzeugnisse des Historismus gerade in diesem Stadtteil. Die erheblich verbreiterte neue Brücke hat nunmehr eigene Straßenbahngleise, fünf Fahrspuren sowie beidseits markierte Radwege. In die Lücken zwischen den Obelisken wurden in Längsrichtung Steinblöcke aufgestellt, die Bezug zu den ehemaligen steinernen Brückenbrüstungen haben. So ist durch kreative Verknüpfung von historischem und neuen Konstruktionen eine, den heutigen Ansprüchen gerecht werdende Brücke

entstanden, von der viele bald sagen werden, dass diese so oder ähnlich schon immer war. Gleichzeitig gibt es nun eine Straßenanbindung zum Alten Messegelände. Da Geld durch BMW als Ausgleich für das zurückgebaute Doppel-M am ehemaligen Südtor gezahlt worden war, setzte sich der Autor im Aufsichtsrat der Vermarktungsgesellschaft der Alten Messe dafür ein, dass unterstützt durch Denkmalfördermittel dieses wichtige Wahrzeichen erhalten wird, da nicht sicher ist, ob die Messehallen, außer der Halle 7, nachgenutzt werden können.

Die Erneuerung der Jahnallee mit angepflanztem Stadtgrün erfolgte von April 2005 bis Mai 2006. Unübersehbar der Ausbau der Straßenbahntrasse zur Stadtbahnlinie mit behindertengerechten Haltestellen und Leipzigs erste Straßenbahnunterführung an der neuen Kreuzung Marschnerstraße. Der Fischersteg ist eine neue kleine Fußgängerbrücke. In der Fortführung der Jacobstraße wurde auch noch die Gustav-Adolf-Brücke fertig. Ebenfalls mit historische Bauteilen, die ein- bzw. nachgebaut wurden. Unübersehbar ein weiterer Teil des Elstermühlgrabens, der nun auf der Südseite der Straße fließt und manchmal auch steht.

## Straßennamen und kein Ende

Fragwürdig erscheint mir die Rückbenennung der Jahnallee im Abschnitt Goedelerring bis Leibnizstraße in Ranstädter Steinweg. Da stellt sich die Frage: Wer kennt denn als Leipziger den Großlehner Ortsteil Altranstadt, der nicht einmal mehr von einer Landesstraße durchzogen wird? Wir können uns nicht mit Millionenstädten messen, wo es sinnvoll sein kann, kilometer langen Radialen abschnittsweise verschiedene Namen zu geben.

Unbedingt ist zu erwähnen, dass die Entscheidungen zum Verzicht auf die Rosentalaubahn, die nun wieder beruhigte Gustav-Adolf-Straße, die Begrenzung des Fahrverkehrs im Bachviertel und die „neue“ Jahnallee unter Einbeziehung der Bürger der betroffenen Stadtteile getroffen wurden.

## Eine Burg am Straßenrand

Alt und Neu ist typisch für Leipzig. Bundesstaatssekretär Dr. Lütke-Daldrup und Oberbürgermeister Burkard Jung erinnerten bei der Freigabe der Jahnallee an den Streit um die „Kleine Funkenburg“. Der Erhalt dieses weit in den Straßenraum ragenden Gebäudes hätte bedeutet, dass es für die

Öffnung des Elstermühlgraben unterfahren werden müsste. Den Haltestellenbereich abzuknicken, wie vorgeschlagen, wäre mit Gefahren verbunden, da die Straßenbahnfahrer nicht die gesamte behindertengerechte ausgebauten Haltestelle einsehen könnten.

Den zu lösenden Spagat bei der zeitgemäßen Umgestaltung alter Verkehrsräume für Straßenbahn, Auto, Fahrrad und Fußgänger zeigt auch die widersprüchliche Haltung des ehemaligen Dezernenten Niels Gormsen, der sich zwar nach der Pensionierung engagiert für die Freilegung der Flussläufe in der Stadt und den Erhalt denkmalwürdiger Gebäude einsetzt, gleichzeitig während seiner Amtszeit den großzügigen Straßenneu- und -ausbau rapide beförderte. Die jetzt von ihm angemahnte Sensibilität hatten wir vergeblich von ihm als damaligen Planungsdezernenten beispielsweise für den Erhalt des historisch bedeutsamen Henriette-Goldschmidt-Hauses oder beim Grünauer ECE-Stadtteilzentrum erwartet. Deshalb mussten 1000 Wohnungen im zentral gelegenen Umfeld abgerissen werden.

Es ist bekannt: Flüsse, Gräben, Straßen und Gleistrassen oder Leitungen können nicht einfach unterbrochen werden. Mehr denn je ist dies bei der Planung von Verkehrsstrassen zu beachten. Viele solcher Bauten konnten in Leipzig nur deshalb kurzfristig verwirklicht werden, weil seit Jahrzehnten Trassenvorsorge und Planung betrieben wurde, wofür der ehemalige Amtsleiter für Verkehrsplanung Walter Stein und seine Nachfolgerin Edeltraud Höfer oder der Tiefbauamtsleiter Hans-Georg Krämer neben vielen ungenannten Mitarbeitern stehen

## Nicht wunschlos glücklich

Über die Vierspurigkeit der neuen Jahnallee freuen sich die Autofahrer, die schnell Richtung Stadion, Lindenau und Plagwitz möchten. Die neuen und alten Geschäftsinhaber, die hier auf schlendernde Passanten und Parkflächen hofften, bekamen nach den ersten Tagen neuer Jahnallee eher Sorgenfalten. Es wird einfach durchgerauscht, weil sich das Halteverbot tagsüber entschieden nachteilig für die Kundschaft auswirkt und damit die erhoffte Umsatzsteigerung ausbleibt. Außerdem macht sich nach langer Baustellenpause für die Straßenbahn der Lärm der jetzt relativ zügig fahrenden Bahnen unangenehm für Flanierer bemerkbar. Da bleibt man nicht gern vor einem Cafe oder Imbiss sitzen. Eine Umfrage zur (v)erfahrenen Verkehrssituation führt der engagierte Waldstraßen-Bürgerverein auf seinem Funkenburgfest am 15. Juli durch.

• -CK





## Schwarz-rote Mehrheit schafft Astronomie-Unterricht ab

LN. Der bildungspolitische Skandal, dass Sachsens Mittelschüler in der Klasse 10 Geschichte zugunsten von Geografie abwählen können, ist noch nicht verschmerzt, da beschloss der Schulausschuss des sächsischen Landtages mit der knappen Mehrheit der Koalitionstimmen, Astronomie als eigenständiges Unterrichtsfach abzuschaffen. Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, PDS, MdL Cornelia Falken betont, das dies gegen das einhellige Votum der Experten, der Schülerräte und der Elternvertretun-

gen geschah: „Es war eine Entscheidung aus parteipolitischen Gründen. Zudem wirkte der Koalitionszwang gegen die bildungspolitischen Erwägungen aller demokratischen Oppositionsparteien.“ Zwar hatte der Kultusminister gerade eine Stärkung naturwissenschaftlicher Bildung propagiert, aber Astronomie zählt er nicht dazu. An Unglaublichkeit ist das kaum zu übertreffen. Für die nun angekündigte Integration astronomischer Kenntnisse in den Physikunterricht seien laut Falken keine Voraussetzungen gegeben.

## Schulwege über 60 Minuten sind unzumutbar

### Manche Schulschließung ist somit nicht aufrechtzuerhalten

LN. Dank der rechtskräftigen Entscheidung des Sächsischen Obergerichtes vom 3. November 2005 besteht einerseits Rechtsklarheit darüber, dass Schulwegzeiten für Mittelschulen (vom Verlassen der Wohnung bis zum Schulklingeln), die 60 Minuten überschreiten, einen für die betroffenen Schüler unzumutbaren Schulweg bedeuten. Gleichzeitig verpflichtet diese obergerichtliche Rechtsprechung das Kultusministerium dazu, von Amts wegen ihre bisherigen Bescheide zu Mitwirkungsentzügen für die Mittelschulen – auch die für das laufende Schuljahr – nach den nun geltenden gesetzlichen Maßgaben zu überprüfen. Das heißt: Wenn durch Schulschließungen Schulwegzeiten von mehr als 60 Minuten entstehen,

ist das öffentliche Bedürfnis für das Fortbestehen der auf der Streichliste stehenden Mittelschule mit allen damit zusammenhängenden Rechtsfolgen festzustellen. Mit Beginn des kommenden Schuljahres ist für deren Wiedereinrichtung zu sorgen. In gleicher Weise sind Entscheidungen über Schulschließungen unverzüglich zurückzunehmen, wenn, siehe oben, dadurch Schulwegzeiten von mehr als 60 Minuten verursacht werden. Für den Kultusminister bedeutet das einiges Umdenken, vor allem aber konkrete Schritte im Interesse betroffener Schülerinnen und Schüler, wie die Linkspartei im Landtag fordert. Bis zum Beginn des neuen Schuljahres bleibt nicht mehr allzu viel Zeit, bereits angerichteten Schaden wiedergutzumachen.

## Sächsische Schulsachen

*Wenn im Herbst neue Erstklässler in Gleis (Schkeuditz) sich aufs Lesen ihrer Fibeln freuen, wissen sie nicht, dass eine halbe Stunde Fußweg von ihnen entfernt in Wiesenena den Gleichaltrigen andere Lehrpläne und -bücher bevorstehen. Dieses andere wird ihre gesamte Schulzeit prägen, obwohl keine Staatsgrenze die beiden Orte trennt, sondern lediglich eine Landesgrenze.*

*Als Sachsens Lehrer auf weniger Stunden bei weniger Lohn gesetzt wurden, begründete man das mit der verringerten Schülerzahl. Voran ging die Versicherung, bei Direktoren und Schulverwaltung werde es weder bei Stunden noch Gehältern Abstriche geben, obwohl doch auch dort weniger Schüler zu verwalten waren.*

*Ein wesentlicher Grund gegen eine Akademisierung des ErzieherInnen-Berufs sind die finanziellen Mittel. Gut ausgebildete ErzieherInnen benötigen höhere Gehälter. Doch Deutschland gibt nur 0,4 Prozent des Brutto-Inland-Produkts für die vorschulische Erziehung und Bildung aus. Die European Commission Childcare Network empfiehlt einen Mindestanteil von einem Prozent des BIP. Deutschland gibt weniger aus als alle anderen europäischen Länder, in denen Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen häufig auch noch kostenlos ist.*

*Mitte der 90-er Jahre gab es in Sachsen meist vier Leute in der Direktion einer Schule, jetzt sind es im Durchschnitt acht – Direktoren, Stellvertreter, Fachberater, Fachleiter und Oberstufenberater. Die neuen Mitglieder des gewachsenen Waserkopfes kontrollieren die Umsetzung der ausgefertigten Ministeriumsvorgaben. Natürlich geben die Direktionsmitglieder weniger*

*Stunden – bei vollem Gehalt. Das unterscheidet sie von den Lehrern.*

*Sachsens Prahlerei, man liege in der Spitzengruppe bei PISA, sieht ganz bescheiden aus, wenn man die tatsächlichen Werte vergleicht. Beim Vergleich von 12 wichtigen OECD-Staaten liegt Deutschland insgesamt auf dem drittletzten Platz, Sachsen allein ist ein bisschen besser. Noch ein Stück davor rangieren Bayern und Baden-Württemberg. Doch auch diese gehören ins letzte Drittel.*

*Hamburg und Sachsen arbeiten im Gegensatz zu den anderen Bundesländern nicht an pädagogischen Programmen. Die Spannweite der Programme reicht von 250 Seiten in Bayern bis zu den 12 Seiten der Thüringer Leitlinien. Vielleicht sind die Sachsen mit der Papierspar-Methode Vorbild.*

*Seit einem Jahr ist in Sachsen die Hürde für die Zulassung zum Gymnasium noch einmal verringert worden: Ein Zensurdurchschnitt der Viertklässler von 2,5 statt vorher 2 reicht aus. Wer also schon in der vierten Klasse in Deutsch oder Mathe nur eine drei erreicht, bekommt dennoch ein Angebot für Gymnasium.*

*Schon vor der ersten PISA-Studie gab Sachsen zusammen mit Brandenburg das wenigste Geld für Personal in den Schulen pro wöchentliche Unterrichtsstunden aus. Bei den Ausgaben je Schüler zierte der Freistaat gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern das Ende des innerdeutschen Ranking. Was in Sachsens Kitas und Schulen abgeht, entscheidet der Finanzminister, auch wenn das in Dresden niemand so sagt.*

• KARO T.

### 50 Jahre KPD-Verbot

## Das Unrechtsurteil endlich aufheben ist ein Gebot der Stunde

### Nachbetrachtung zu einer Anhörung im Bundestag

Die letzten Worte des Urteilspruchs waren kaum verklungen, da rückten von Kiel bis München die Polizeikommandos aus, um die Büros der Kommunistischen Partei Deutschlands und die Redaktionsräume ihrer Zeitungen zu besetzen. Man schrieb den 17. August 1956 als dies geschah – elf Jahre nach der Befreiung vom Faschismus wurde in der Bundesrepublik Deutschland erneut jene Partei verboten, die im Widerstand gegen das deutsche faschistische Regime die meisten Opfer gebracht hatte. Das Verbot der KPD war der vorläufige Höhepunkt in der Verfolgung aller jener Kräfte, die sich gegen die Restauration der alten kapitalistischen Machtverhältnisse und der damit verbundenen Remilitarisierung der jungen Bundesrepublik wandten. Begonnen hatte die staatliche Verfolgung bereits 1951 mit dem Verbot der FDJ und des VVN-Rats sowie mit der Einführung des politischen Strafrechts durch das am 11. Juli 1951 von der Mehrheit des Bundestages – nur die KPD-Abgeordneten stimmten dagegen – angenommene 1. Strafrechtsänderungsgesetzes (*Blitzgesetz*). Noch im gleichen Jahr, am 23. November, beschloss dann auf Betreiben Konrad Adenauers das Bundeskabinett,

den Antrag auf Verbot der KPD zu stellen. Ein Resultat dieser Verbote war über fast zwei Jahrzehnte das Wirken einer politischen Strafjustiz, deren Folgen bis heute nachwirken. Gegen mehr als 200 000 Personen wurden staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingeleitet, in etwa 10 000 Fällen kam es zu Verurteilungen. Die durch die politischen Sonderkammern verhängten Gefängnisstrafen mussten die Verurteilten zudem oft unter unwürdigen Bedingungen verbüßen. Eine Rehabilitierung dieser Opfer des Kalten Krieges hat es bisher nicht gegeben, dementsprechenden Vorstöße der Betroffenen stießen bis heute auf taube Ohren. Alle diese Vorgänge kamen jüngst auf einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion Die Linke zu 50 Jahre KPD-Verbot zur Sprache. Neben Zeitzeugen waren es vor allem die Juristen Dr. Heinrich Hannover und Dr. Rolf Gössner sowie der Politikwissenschaftler Professor Joachim Perels (Universität Hannover), die sich eingehend mit dem Verbotsurteil und seinen Konsequenzen befassten. Sie kamen einhellig zu der Auffassung, dass das Bundesverfassungsgerichts-Urteil von 1956 ein von



*Zeitzeuge Karl Stiffel, 1958 vom Landgericht Lüneburg als „Rädelsführer einer verfassungsfeindlichen Vereinigung in Tateinheit mit Zuwiderhandlung gegen das KPD-Verbot und mit Geheimbündelei in verfassungsfeindlicher Absicht“ zu 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis verurteilt. Weil von den 8 Monaten U-Haft nur 4 Monate angerechnet wurden, betrug seine Haftzeit insgesamt 22 Monate. Des Weiteren wurden ihm die Grundrechte für 3 Jahre aberkannt und für 3 Jahre Polizeiaufsicht angeordnet.*

Foto: www.linksfraktion.de

der Adenauer-Regierung gewolltes Unrechtsurteil war, das auch durch die historische Entwicklung nicht als überholt angesehen werden darf. Im Gegenteil. Da nach herrschender Auffassung das Urteil durch den Beitritt der DDR nach Artikel 23 GG sich auf ganz Deutschland ausgedehnt habe, muss es endlich im Interesse einer demokratischen Entwicklung aufgehoben werden. Anderenfalls bleibt die Gefahr, dass gegebenenfalls das Urteil von der Staatsmacht herangezogen werden kann, um es gegen ihr missliebige Organisationen anzuwenden.

Die Linke-Fraktion will nun, wie MdB Wolfgang Gehrke zum Schluss der Anhörung sagte, einen Vorstoß zur Aufhebung des KPD-Verbots unternehmen. Er warnte aber vor der Illusion, dass sich dafür in diesem Parlament eine Mehrheit finden wird. Hier zähle nicht die Qualität der Argumente, sondern die Quantität der Fraktionen, mahnte Gehrke. Ungeachtet dessen wird Die Linke einen entsprechenden Antrag ins Parlament einbringen, der den Weg ebnen könnte, das vor 50 Jahren erlassene Verbot endlich aufzuheben.

• EDMUND SCHULZ



## Dumm gestellt

Noch im März teilte Sachsens Regierung auf Anfrage mit, ihr lägen „keine Erkenntnisse bezüglich einer Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle durch ausländische Streitkräfte“ vor. Man stellte sich uninformativ, weil die Öffentlichkeit sachte auf den Explosivstoff eingestimmt werden sollte. Zeitungen schrieben von Fronturlaubberflügen, solange das US-Hauptquartier in Heidelberg nicht etwas deutlicher wurde. Mittäterschaft am Krieg ist das Letzte, was der Bürger der DDR beim Anschluss ans NATO-Gebiet wünschte. Darum und weil die Sowjetunion an ihre Sicherheit dachte, kam 1990 eine wichtige Festlegung in den von der BRD, der DDR, Frankreich, der UdSSR, Großbritannien und den USA unterzeichneten Zwei-plus-Vier-Vertrag: „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ Wird Airport Leipzig zum Drehkreuz der US-Streitkräfte, dann ist hier auch mit einer US-Militärresidenz zu rechnen. Wer wollte bestreiten, dass in diesem Fall ein Stützpunkt ausländischer Streitkräfte entsteht und damit Artikel 5 (3) des Zwei-plus-Vier-Vertrags unterlaufen wird? Mit Dementis ist jetzt Schluss. Der „Freistaat“ – Miteigner des Flughafens – muss Farbe bekennen. • G. BRAUN

# Erstes „Linkes Forum Sachsen“

H.L./LN. Linkspartei und WASG luden für Pfingsten zum ersten „Linken Forum Sachsen“ – einer öffentlichen Diskussion über den Prozess der Parteineubildung. Weitere Veranstaltungen dieser Art sollen folgen, ging es doch um den Beginn der notwendigen „tiefen inhaltlichen Debatte“, wie Ulrich Maurer sagte. Beide Parteien hätten sich bereits zu lange mit Satzungsfragen befasst, meinte der WASG-Politi-

ker und Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion. „Wenn wir nicht endlich auf die Beine kommen, warten die Leute auf einen anderen.“ Auch Bodo Ramelow von der Linkspartei drängte auf eine zügige Programmdebatte. Bis Oktober solle ein programmatisches Dokument der Partei vorliegen, nachdem das kürzlich vorgestellte Manifest zunächst ein „Appell einiger an alle“ gewesen

sei. Das Parteiprogramm solle die im Manifest enthaltene „Zukunftsvision für einen demokratischen Sozialismus“ aufgreifen, gleichzeitig aber „alltagstauglich“ für die Arbeit in den Kommunen, Landtagen und Regierungen sein. Ulrich Maurer präziserte zur Regierungsbeteiligung: „Wenn man linke Inhalte durchsetzen kann, muss man es machen, sonst lässt man es.“

## Chemnitz geht in zweite Wahlrunde

**Linksparteikandidat hat weniger als die Hälfte der Stimmen der SPD-OBM-Anwärterin**

LN. Zur Wahl des Chemnitzer Oberbürgermeisters am 11. Juni gaben gerade 38,53 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, keiner der angetretenen Kandidaten erreichte die absolute Mehrheit, weshalb am 25. Juni eine Nachwahl ansteht. Bestplatzierte mit 38,30 Prozent wurde Barbara Ludwig, SPD. Karl-Friedrich Zais, der Kandidat der Linken und der Chemnitzer WASG wurde mit 16,7 Prozent nur Vierter. „Wir hatten uns mehr ausgerechnet“, so die Landesvorsitzende Cornelia Ernst am Wahlabend. „Möglicherweise haben wir unsere eigenen Wähler nicht genügend erreicht.“ Nichtsdestotrotz habe, so Cornelia Ernst, Karl-Friedrich Zais mit seinem engagierten Wahlkampf auf Chemnitzer Probleme aufmerksam gemacht und

den Finger auf die Wunden gelegt, sich nicht zurück gehalten, unbequeme Lösungen vorzuschlagen. „Mit seinem Vorschlag, auf die Stüdfahrt zu verzichten, hat er sich gewiss nicht bei allen beliebt gemacht. Aber politisch agieren, heißt sich entscheiden. Die Prioritäten linker Politik liegen eben nicht zuerst im Straßenbau, sondern bei Zukunftsprojekten wie Bildung, Kindern und einer sozialen Stadt.“ Die Linkspartei äußert Genugtuung, dass durch die Kandidatur von Zais ein zweiter Wahlgang erzwungen wurde. Über ihr Verhalten bei der Abstimmung am 25. Juni wollen die Chemnitzer Linkspartei-Vertreter in Abstimmung mit dem Landesvorstand in den nächsten Tagen entscheiden.

## Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Mai

### Ohne Nachhaltigkeit

Mit witterungsbedingter Verzögerung kam wie in jedem Jahr die Frühjahrsbelegung am Arbeitsmarkt zum Tragen – im Agenturbezirk Leipzig verstärkt durch zusätzlichen Arbeitskräftebedarf für die Fußballweltmeisterschaft, damit befristet und vor allem im schlecht bezahlten Niedriglohnbereich angesiedelt. Da die vom Mittelstand schon ewig angemahnten Reformen bisher nicht gekommen sind, ist keine Nachhaltigkeit zu erwarten. Die Arbeitslosenzahl steht jetzt bei 73 775 Personen, 3347 weniger als im Vormonat und 8857 weniger als vor Jahresfrist. Das entspricht einer Quote von 18,7 Prozent. Die Arbeitslosigkeit betrifft alle Bereiche, vor allem aber die Dienstleistungsberufe mit 44 654 Personen.

In Sachsen gab es Ende Mai 375 593 Arbeitslose, 31 363 weniger als im Vormonat und 34 486 weniger als im Mai 2005. Mittlerweile sind 64 Prozent von ihnen ALG II-Empfänger. Obwohl für Euphorie kein Anlass besteht, sprach die Regionaldirektion gleich vom Wonnemonat auch für den Arbeitsmarkt. Da erstarren die Betroffenen und die Fachleute wundern sich über die dichterische Fantasie. Wir haben uns das bildlich so vorzustellen, dass der Arbeitsmarkt von der dreißigsten Kellerstufe eine höher geklettert ist – vorerst. Von Oktober bis Mai wurden im Leipziger Arbeitsagentur-Bereich nur 1966 Ausbildungsstellen gemeldet, neun Prozent weniger als 2005. Dem stehen 8286 Bewerber gegenüber – fünf Prozent mehr. Das Verhältnis ist 4,2:1. • JOACHIM SPITZNER

### Strohalm Ich-AG

LN. In Sachsen haben sich fast 23 500 Ich-AG am Markt gehalten, teilte die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit mit. Mehr als 32 400 Arbeitslose hätten die Selbständigkeit versucht, zumeist als Hausmeister, Handelsvertreter oder Einzelhändler. Die bisherige dreijährige Förderung der Ich-AG läuft Ende dieses Monats aus. Künftig erhalten arbeitslose Existenzgründer neun Monate lang neben Arbeitslosengeld 300 Euro. Wenn sich ihr Konzept bewährt, kann diese Pauschale weitere sechs Monate gezahlt werden.

### Domowina-Wunsch

LN. Das Siedlungsgebiet der Sorben sollte nach Ansicht des Dachverbandes Domowina in einem Oberlausitzkreis zusammengefasst werden. Der Vorsitzende der Organisation, Jan Nuck, erklärte zu den Kreisreform-Vorstellungen der sächsischen Staatsregierung, andere Varianten hätten negative Folgen für den Erhalt der sorbischen Sprache und Kultur. Die sorbische Minderheit lebt überwiegend im Niederschlesischen Oberlausitzkreis, in den Kreisen Bautzen und Kamenz sowie in Hoyerswerda.

### Görlitz-Projekt

LN. Die Kultur in Görlitz auch künftig besonders zu fördern und die bei der Bewerbung um die Europäische Kulturhauptstadt gewonnenen Erfahrungen nicht zu verspielen, das fordert die Linksfraktion.PDS nach den Gesprächen mit zahlreichen Akteuren vor Ort und wird entsprechende Vorgaben in die bevorstehende Debatte über den Doppelhaushalt 2007/2008 in den Landtag einbringen. Immerhin gelte das länderübergreifende Projekt Görlitz und Zgorzelec als Brückenbauer zwischen Ost und West.

### 30. Mai

**Leipzig.** Erst auf Beschwerde eines Zeugen leitet die Polizeidirektion ein Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte ein, die willkürlich Fußballzuschauer niederknüppelten.

**Dresden.** Ministerpräsident Milbradt verlangt, den „Druck auf Arbeitsunwillige“ zu erhöhen. Die Landtagsabgeordneten Caren Lay und Dietmar Pellmann (Linksfaktion) stellen klar, dass der Anteil der Hartz-IV-Empfänger, die Arbeitsangebote ablehnten, bei „weniger als einem einzigen mickrigen Prozent“ liegt.

**Leipzig.** Angesichts drohender Standort-schließung demonstrieren 1400 Allianz-Mitarbeiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

**Chemnitz.** Die Landesagentur weist auf 42 372 Bewerber für Lehrstellen bei nur 12884 gemeldeten Stellen (Stand Ende April). Eine Aktion am „Tag des Ausbildungsplatzes“ erbringt nur 667 weitere Stellen für dieses Jahr.

### 31. Mai

**Dresden.** Die 50. Landrätekonferenz fordert ein überarbeitetes Leitbild zur Kreisreform. Dem Entwurf des Innenministe-

riums könne nicht zugestimmt werden.

**Dresden.** „Patientenversorgung statt Konzernprofit“ und „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ verlangen rund 500 Ärzte von Unikliniken Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens vorm Finanzministerium.

### 1. Juni

**Leipzig.** Erfinder Thomas Leberer und der High-Tech-Gründerfonds stellen das Hilfsgeschäft für Sehbehinderte „Felix“ vor. Es erkennt auf drei Meter Entfernung die Gestalt von Gegenständen. Bis Jahresende sollen 1000 Stück hergestellt werden.

**Bautzen.** Die Polizei durchsucht die Wohnung eines 41-Jährigen, der wegen Mietrückstand mit Sprengung der Wohnung droht. Brisanter Kripobericht: Der Mann habe aus Knallkörpern Schwarzpulver gewonnen und mit Stahlkugeln verbunden.

### 2. Juni

**Dresden.** Der Bildungsausschuss des

Landtags lehnt mit der Mehrheit von zwei Stimmen den Antrag von Linkspartei und Grünen ab, das Unterrichtsfach Astronomie beizubehalten. Physiklehrer müssen nun ohne spezielles Fachwissen astronomische Kenntnisse vermitteln.

### 5. Juni

**Leipzig.** Das Bach-Archiv meldet neuen Rekord: Mehr als 45 000 Besucher kamen zum zehntägigen 8. Leipziger Bachfest, das auch Mozart gewidmet war. 86 Prozent der Karten wurden verkauft.

**Dresden.** Die Schülerzahl der allgemeinbildenden Schulen Sachsens verringerte sich binnen zehn Jahren von 628 000 auf derzeit 340 000. Bis 2020 werde sich die Zahl auf etwa 320 000 einpegeln, teilt das Kultusministerium mit.

### 6. Juni

**Dresden.** Beim Prozess gegen OB Ingolf Roßberg überrascht der Mitangeklagte

Rainer Sehm mit einem umfassenden Geständnis. Roßberg erklärt dennoch, er „verstehe nicht, warum ich hier stehe“.

### 8. Juni

**Görlitz.** Die Linksfraktion des Landtags berät mit Vertretern der Stadt, ihrer Verbände und Einrichtungen sowie mit dem stellvertretenden Bürgermeister von Zgorzelec die Zukunft der „heimlichen Kulturhauptstadt Europas“.

**Dresden.** Die Neonazigruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz“ ist trotz Verbot aktiv, offenbart der Prozess gegen einen Rädelführer.

### 9. Juni

**Dresden.** Die Landesregulierungsbehörde kürzt die Netzentgelte der Stromanbieter an Netzbetreiber im Durchschnitt um sechs Prozent.

### 12. Juni

**Leipzig.** Nach dem Fußball-WM-Spiel Niederlande/Serbien-Montenegro (1:0) herrscht im Organisationskomitee Rätseln um rund 1000 unbesetzte Plätze im Zentralstadion. Gleichzeitig wird die offizielle Zuschauerzahl von 37 216 auf 43 000 korrigiert – entschieden mehr als die Platzkapazität hergibt.

# SACHSEN-CHRONIK

30. Mai bis 12. Juni



## Einige Fakten zum unteren Ende der Lohnskala

Der unter dem Druck von Massenarbeitslosigkeit, sogenannter Deregulierung des Arbeitsrechts und damit zusammenhängender Schwäche der Gewerkschaften bewirkte freie Fall der Löhne in Deutschland wird zunehmend publik. Angesichts von etwa sieben Millionen Menschen, die trotz Vollzeit-Beschäftigung weniger als 2163 Euro, also weniger als 75 Prozent des monatlichen Durchschnittsbruttolohns von 2884 Euro bekommen, ist der Niedriglohnbereich nicht länger zu übersehen. In erschreckender Weise zugenommen hat in den letzten Jahren die Zahl der ArmutslöhnerInnen; für weniger als die Hälfte des Durchschnittslohns arbeiten gegenwärtig schon weit über drei Millionen Menschen. Frauen sind in deutlich größerem Anteil als unter den Gesamt-Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich vertreten. Als unzutreffend hat sich die weit verbreitete Vermutung herausgestellt, dass nahezu ausschließlich gering oder gar nicht ausgebildete Menschen im Niedriglohnbereich

Von **MARTIN LESCH**

arbeiten. Über zwei Drittel der NiedriglöhnerInnen haben eine qualifizierte Berufsausbildung. Unter ihnen finden sich zunehmend AkademikerInnen. Der „stumme Zwang der Verhältnisse“ wirkt mit leiser, aber brachialer Gewalt...

## Vorschläge zur Gestaltung eines Mindestlohns

Außer der FDP sprechen alle Fraktionen des Deutschen Bundestages derzeit von der Notwendigkeit eines Mindestlohnes – allerdings sowohl im Hinblick auf die Höhe als auch die rechtliche Ausgestaltung mit gewaltigen Unterschieden. CDU/CSU, aber auch GRÜNEN- und einige SPD-PolitikerInnen verweisen auf die Vorzüge der Tarifautonomie und fordern branchenbezogene tarifvertragliche Lösungen als unterste Auffanglinien. Einige könnten sich in diesem Zusammenhang Erleichterungen bei den gesetzlichen Bedingungen der Allgemeinverbindlichkeitserklärung solcher Tarifverträge vorstellen, andere sprechen von einer Ausdehnung des bisher auf das Bauhauptgewerbe beschränkten Entsendegesetzes auf andere bzw. alle Branchen. Für allgemeinverbindlich kann derzeit auf Antrag einer Tarifvertragspartei vom zuständigen Bundes- bzw. Landesarbeitsministerium ein Tarifvertrag nur dann erklärt werden, wenn mindestens 50 Prozent der in den Geltungsbereich des Tarifvertrags fallenden Arbeitnehmer bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt sind. Um Lohndumping zu vermeiden, sieht das Entsendegesetz vor, dass von den Tarifvertragsparteien ausgehandelte (leider immer noch nach West und Ost differenzierende) Mindestlöhne für die untersten Lohngruppen auch für nicht beiderseits Tarifgebundene (also nicht im Arbeitgeberverband oder der IG BAU organisierte Firmen bzw. ArbeitnehmerInnen) gesetzlich verbindlich einzuhalten sind. Dies gilt auch für im Ausland ansässige Firmen, die ihre ArbeitnehmerInnen zur Arbeit nach Deutschland entsenden. Derartige Vorschläge verkennen jedoch, dass es insbesondere in den Branchen des privaten Dienstleistungsbereichs beträchtliche Sektoren gibt, in denen keinerlei Tarifvertrag gilt. Entweder, weil der

gewerkschaftliche Organisationsgrad dort zu niedrig und damit keine durchsetzungsfähige Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gegeben, oder bzw. und weil gar kein tarifwilliger Arbeitgeberverband vorhanden ist. Wo aber kein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, kann auch keiner für allgemeinverbindlich erklärt oder den Bestimmungen des Entsendegesetzes unterworfen werden. Hinzu kommt, dass es eine ganze Reihe von Branchen (z. B. Bewa-

chung, Friseure, Hotels und Gaststätten; Lederindustrie) gibt, in denen die Gewerkschaften aufgrund des geringen Organisationsgrades lediglich Löhne tarifieren konnten, von denen man in Deutschland nicht mehr leben kann.

Deshalb fordern, zunächst nur die Gewerkschaften Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) und ver.di, seit 25. Mai 2006 aber auch, nach kontroverser interner Diskussion und Beschlussfassung auf seinem Bundeskongress, der DGB einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn (GML) in Höhe von 7,50 Euro pro Stunde. Lediglich die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) lehnt weiterhin in trauer Einigkeit mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) einen GML ab und verweist auf die Tarifautonomie. Der von den anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB geforderte GML soll zudem zügig auf 9 Euro angehoben werden. Auf Basis einer 38,5-Stundenwoche ergäben 9 Euro stündlich einen Monatsbruttolohn von ca. 1500 Euro. Der sich für einen Single daraus ergebende Nettolohn läge dann etwas oberhalb der gesetzlichen Pfändungsgrenze von derzeit monatlich 985 Euro netto. Dies ist der Betrag, den der Staat gegenwärtig als Existenzminimum für jeden Menschen in Deutschland vor dem Zugriff vom Gläubigern schützt.

Während die CDU einen Mindestlohn von ca. 4,50 Euro ansetzt, fordern einige SPD-Politiker ca. 6 Euro pro Stunde. Die Linksfraction nennt einen GML von 8 Euro, der später der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst werden soll. Ob der GML nun in Höhe von siebeneinhalb, acht, neun oder wie von einigen Gruppen zehn Euro gefordert werden sollte, darüber kann man diskutieren und auch streiten. Es kommt eben darauf an, ob man einen primär taktisch begründeten Einstiegsbetrag oder die ein bescheidenes, normales Leben absichernde Zielgröße bzw. die Absicherung des Existenzminimums meint. Allerdings wäre schon die Einführung eines GML in Höhe von 7,50 Euro pro Stunde für etwa drei Millionen Beschäftigte in Deutschland eine teilweise beträchtliche Steigerung ihres Einkommens und somit eine erhebliche Verbesserung ihrer Lebensumstände.

## Wem nützt ein Kombilohn?

Aus Wirtschafts- und Unternehmerkreisen wird gegen den GML vor allem eingewendet, dass er die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zerstöre.

Der neoliberale Chefideologe Prof. Sinn vom Münchner IFO-Institut prophezeit die Vernichtung von mehr als zwei Millionen Arbeitsplätzen als Folge einer GML-Einführung. So überrascht es auch gar nicht, dass aus der CDU der Vorschlag einer Verknüpfung von Mindest- und Kombilöhnen zu vernehmen ist. Die Differenz zwischen gezahltem und vorgeschriebenem Mindestlohn solle durch staatliche Mittel aufgestockt werden.

# Über Niedrig-, Mindest- und Kombilöhne

**Probleme und Chancen der eingetretenen gesellschafts- und parlamentarisch-politischen Wahrnehmung prekärer Arbeitseinkommen**

Überraschend war allerdings, dass die Linksfraction in ihrem ersten Antrag vom 18. Januar 2006 die Bundesregierung aufforderte, „in den Gesetzentwurf eine zeitlich befristete Übergangsregelung für kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung des Mindestlohnes zu integrieren. Diese Regelung soll denjenigen Unternehmen eine Hilfestellung bieten, die nachweislich nicht kurzfristig in der Lage sind, ihren Beschäftigten den Mindestlohn zu zahlen“. Eine solche staatlich finanzierte Aufstockung bisher gezahlter Billiglöhne wäre für die Dauer ihrer Zahlung nichts anderes als der von CDU/CSU geforderte Kombilohn. Riesige Mitnahmeeffekte der Unternehmen wären die unvermeidliche Folge. Die mit den bisher praktizierten Kombilohn-Modellen gewonnenen Erfahrungen haben bewiesen: Zusätzliche reguläre Arbeitsplätze entstanden nicht, im Gegenteil, aufgrund des Drehtür-Effekts wurden solche häufig durch die subventionierten Billiglöhne-Jobs ersetzt. Nichtsdestotrotz verkündete trotz heftiger Kritik aus den eigenen Reihen der mit ökonomischen Fachkenntnissen nicht gerade überfrachtete Linksfractionschef Gysi noch am 27. April 2006 in der WELT auf deren Vorhalt: „Mehr als 60 Prozent der ostdeutschen Arbeitnehmer haben Stundenlöhne von weniger als acht Euro...“ Gysi: „Deshalb plädieren wir für Übergangsfrieten. Gerade kleine Firmen, die noch keine Mindestlöhne zahlen können, sollen vorübergehend Zuschüsse erhalten.“ Umso erfreulicher ist es, dass auch MdB Gysi am 16. Mai 2006, also gerade mal drei Wochen später, einen weiteren Antrag der Linksfraction mitunterzeichnete, in dem es kurz und klar heißt: „Bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (sind) solche Konzepte zurückzuweisen, die eine nichtarmutssichere Höhe von Mindestlöhnen (unter 8 Euro) erlauben, die nicht alle in Deutschland Beschäftigten erfassen, die die Einführung von Mindestlöhnen mit der Zahlung von Lohnsubventionen verbinden (Kombilohn) und die Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung zum Ziel haben.“ Dieser zweite Antrag der Linksfraction geht von einem „dualen Mindestlohnmodell“ aus: Vorrang haben tarifvertragliche Regelungen, wo diese nicht mindestens einen Stundenlohn von 8 Euro erreichen, greift branchenübergreifend der GML von 8 Euro als unterste Auffanglinie.

So ist es dann eher eine gute Nachricht, dass am 1. Juni 2006 der erste, die Be-zuschussung mit staatlichen Mitteln noch enthaltende Antrag der Linksfraction vom

18. Januar 2006 mit 520 zu 50 Stimmen im Bundestag abgelehnt wurde. Nunmehr befindet sich nur noch der zweite, vom 16. Mai 2006 stammende Antrag im Geschäftsgang des Bundestages, in dem die Linksfraction sich strikt gegen die Zahlung von Lohnsubventionen im Zusammenhang mit dem GML wendet.

## Folgen eines gesetzlichen Mindestlohnes

Im außenwirtschaftlichen Bereich könnte eine EU-Dienstleistungsrichtlinie, sofern sie dem Grundsatz folgte, alle arbeits- und tarifrechtlichen Bedingungen des Landes strikt einzuhalten, in dem die Leistung erbracht wird, grenzüberschreitendes Lohndumping verhindern. Die – durch Übergangsfrieten abgedeckte – Einführung des GML in Deutschland wird allerdings zumindest zu zweierlei führen: Aus den Hungerlöhnen herrührende Extraprofite werden geschmälert, und es wird sicherlich auch etwas teurer werden, beispielsweise zum Friseur zu gehen. Da der GML aber für alle Firmen einer Branche gilt, wird niemand wegen seiner Einführung Nachteile gegenüber anderen Wettbewerbern erleiden müssen. Und die Preiserhöhungen z. B. beim Friseur werden, da auch dort die Personalkosten deutlich unter 50 Prozent der Gesamtkosten liegen, nicht zwangsläufig ins Unbezahlbare anwachsen müssen. Außerdem werden nach GML-Einführung auch die vielen Bäckereiverkäuferinnen, Arzthelferinnen oder Kellner, die sich aufgrund der ihnen derzeit gezahlten Hungerlöhne nur ganz selten oder gar keinen Friseurbesuch leisten können, deutlich öfter als bisher solche Dienstleistungen wieder in Anspruch nehmen können.

„Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollten in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. ... Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum, ... ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.“ Diese Sätze stammen nicht von Oskar Lafontaine, schon gar nicht von Gregor Gysi aus dem Mai 2006. Sie entstammen der Rede, die der damalige Präsident Franklin Delano Roosevelt bei der Einbringung seines Gesetzentwurfes für den nationalen Mindestlohn am 16. Juni 1933 im US-Kongress hielt.

## Unterstützung erforderlich und möglich

Eine Mehrheit von 57 Prozent der BundesbürgerInnen befürwortet den GML. Damit diese Mehrheit auch im Parlament Gehör finden kann, ist noch viel öffentliche Information und insbesondere Druck auf die Bundestagsabgeordneten notwendig. Reichlich Informationen und eine elektronische **Unterschriftenliste** findet man unter [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de) bzw. [www.8euro.de](http://www.8euro.de).

Die Unterstützungsunterschrift kann auch bequem per SMS gegeben werden, indem man die Worte MINDESTLOHN, VORNAME, NACHNAME an die Nummer 72626 sendet. **In Leipzig** kann man sich insbesondere an den WM-Spieltagen **18. Juni ab 17 Uhr und 21. Juni ab 12 Uhr** an Infoständen und Straßentheater-Aktionen mit dem dann sicherlich zahlreich vorhandenen Publikum auseinandersetzen. Treffpunkt jeweils am Brühl 35-50. In Borna am 21. Juni ab 16 Uhr auf dem Marktplatz.

Der Beitrag in LN 10'06  
„Aufdringlicher Missionierungs-  
versuch“ bestätigte

**PROF. DR.  
RUDOLF ROCHHAUSEN**

darin, dass es höchste Zeit für eine theoretische Grundlage einer marxistischen Analyse philosophischer Werte ist. Für LN schrieb er seine Gedanken (red. leicht gekürzt) dazu auf, sich dabei auf Kants Bemerkung berufend, die zum Wahlspruch der Aufklärung geworden ist: „Habe den Mut, dich des eigenen Verstandes zu bedienen“.

Mit dem Zeitalter der Aufklärung werden Vorurteile traditioneller Autoritäten, die auch die Kirche verbreitet, auf das Schärfste angegriffen. Eine weltliche Lebenssicht wird deshalb Grundlage der Aufklärung, und metaphysische Grübeleien sind nicht mehr gefragt. Je mehr Verstand und Vernunft die Oberhand gewinnt, desto näher ist ein neues Zeitalter in Sicht, in dem Toleranz, Wahrhaftigkeit und Harmonie sich allmählich durchsetzen und eine empirische Denkweise an Boden gewinnt. Die Philosophen der Aufklärung entwickeln im 18.

**Überhaupt sind es heute alle Parteien, die soziale Gerechtigkeit fordern, nur wissen die meisten nicht recht, was darunter zu verstehen ist.**

Jahrhundert einen Reichtum an fruchtbaren, in die Zukunft weisenden Ideen, die auch das Wertesystem beeinflussen und verändern.

Umso erstaunlicher ist es, dass der katholische Erzbischof von Berlin Georg Sterzinski nur religiöse Werte anerkennt. Weil diese angeblich in der DDR eine untergeordnete Rolle spielten, versteigt er sich in unqualifizierter Weise in Formulierungen, die jeden Atheisten beleidigen müssen: „Das total verrottete System der DDR hat Schuld an der heutigen Misere.“ Obwohl im Grundgesetz die Trennung von Staat und Kirche gesetzlich verankert ist, verordnet Sachsen-Ministerin Helma Orosz, wahrscheinlich angeregt durch seine Eminenz, allen Kitas Christenlehre! Das ist ein aufdringlicher Missionierungsversuch!

Ich bin nicht antireligiös eingestellt, sondern wissenschaftlicher Atheist. Viele Christen engagieren sich in der neuen Linkspartei. Ihre Vorbilder sind u. a. der Theologe Prof. Dr. Heinrich Fink, Dr. Bruno Kein (gläubiger Katholik), der in seinem Buch „Theologie im Horizont des Marxismus“ eine radikale Kapitalismus-Kritik übt, verbunden mit einer marxistischen Analyse, und schließlich der parteilose Theologe Friedrich Schorlemmer, der beispielsweise schreibt: „Heute sollten Christen und Kirchen insbesondere jene Polemik unterstützen, die sich in der globalisierten Welt für mehr Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich und weniger Armut einsetzt, gegen die Übermacht des bloßen Gewinnstrebens.“

Überhaupt sind es heute alle Parteien, die soziale Gerechtigkeit fordern, nur wissen die meisten nicht recht, was darunter zu verstehen ist. „Die Gerechtigkeit ist die erste Tugend (Wert), so wie die Wahrheit

# „Habe den Mut, dich des eigenen Verstandes zu bedienen!“

(Immanuel Kant)



Die einen treiben die Sau durchs Dorf, die anderen den Stier durch die Börse

in Gedankensystemen. Als Haupttugenden für das menschliche Handeln dulden Wahrheit und Gerechtigkeit keine Kompromisse“, schreibt der Sozialphilosoph John Rawls (USA), ganz im Sinne moderner Aufklärung. Dabei stellt er zwei Grundprinzipien des Wertes Gerechtigkeit fest:

1. Grundsatz: Jedermann hat gleiche Rechte und das umfangreiche Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, die für alle möglich sind.
2. Grundsatz: Soziale und wirtschaftliche

**Chancengleichheit hat doch etwas mit gleichen Startbedingungen zu tun. Gibt es eine solche Gleichheit überhaupt?**

Ungleichheiten müssen folgendermaßen beschaffen sein: (A) sie müssen ... den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen, und (B) sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offen stehen.

Es muss hervorgehoben werden, dass unter dem Einfluss von John Rawls der Wert soziale Gerechtigkeit zum Keim einer politischen Theorie wird.

An dieser Stelle noch etwas zur formalen Gleichheit: Die Vertreter der FDP verstehen unter Gleichheit die rechtliche Gleichheit bzw. die Gleichheit vor dem Gesetz. Rechtliche Gleichheit ist aber identisch mit formaler Gleichheit. Rawls erwähnt den Wert Chancengleichheit. Sie könnte eine reale Gleichheit bedeuten.

Aber ist es wirklich so? Chancengleichheit hat doch etwas mit gleichen Startbedingungen zu tun. Gibt es eine solche Gleichheit überhaupt? Wir leben in einer arbeitsteiligen, differenzierten Gesellschaft mit einer außerordentlichen Verschiedenheit der Positionen. Das beginnt bereits in der Familienstruktur (Bildungsbürgertum, Techniker-, Handwerker-, Arbeiter- und Arbeitslosen-Familien). Dazu kommt noch die ökonomische Struktur und die kulturelle Lage, die der Einzelne vorfindet. Kurz gesagt: die Forderung nach gleichen Startbedingungen ist illusorisch. Ist dann eine reale Gerechtigkeit überhaupt möglich?

Ich bin der Auffassung, dass der Keim der sozialen Gerechtigkeit nur die **Verteilungsgerechtigkeit** sein kann. Es gibt keine andere Möglichkeit. Eine gerechte Verteilung grundlegender gesellschaftlicher Güter bildet die Basis. Dabei sind die wirtschaftlichen Aussichten bedeutungsvoll. In letzteren müssen Faktoren integriert sein, die ein regelmäßiges, zu einem vernünftigen Leben reichendes Einkommen garantieren. Dazu gehören auch Transferleistungen in Fällen der Selbstversorgungsunfähigkeit und

**Diese Verteilungsgerechtigkeit ist der Keim des Übels, der die kapitalistische Gesellschaft krank macht.**

Ansprüche auf Unterstützung bei besonderer Not, wie Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

In der SPD geht es bei der Analyse des

Wertes Gerechtigkeit um einen Paradigmenwechsel, und zwar um die Grundeinschätzung in der theoretischen Auffassung zur sozialen Gerechtigkeit. Die Forderung nach einer gerechten Teilhabe an den grundlegenden gesellschaftlichen Gütern sei veraltet. Verteilungsgerechtigkeit sei ein überholter Begriff. Das wurde zum ersten Mal deutlich in den „13 Thesen zur Gerechtigkeit“ die der damalige SPD-Generalsekretär Olaf Scholz im August 2003 verkündete. An die Stelle der materiellen Verteilung müsse die Chance für Arbeit und Bildung für alle treten. Die „Frage der gerechten Verteilung des Zuwachses an Wohlstand und Einkommen werde den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht“. Umverteilungsfragen seien daher nicht mehr von zentraler Bedeutung.

Wie sehen aber in Wirklichkeit die Resultate sozialdemokratischer Umverteilungspolitik aus? Gewinne und Managergehälter explodieren. Die großen Konzerne zahlen weniger Steuern und die Entwicklung der Arbeitseinkommen, Renten und Sozialhilfe liegen seit langem unterhalb des verteilungsneutralen Limits. Der gesamte Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums wird den Reichen zugeschanzt. Viele der Ärmsten werden vom Ersparten enteignet und in kleinere Wohnungen zwangsumgesiedelt. Die

**Die Direktoren großer Industrieunternehmen ... verdienen in einer Minute soviel wie die Menschen in den armen Ländern in ihrem ganzen Leben.**

Kapitalseite aber schwimmt im Geld und sucht verzweifelt nach Anlagemöglichkeiten. Diese Verteilungsgerechtigkeit ist der Keim des Übels, der die kapitalistische Gesellschaft krank macht. Harry Nick hat völlig recht, wenn er behauptet, dass Chancengerechtigkeit an Stelle von Verteilungsgerechtigkeit niemals erfolgreich sein kann.

Betrachtet man das Problem der Verteilungsgerechtigkeit im Rahmen einer globalen Gerechtigkeit, dann kann es einem Übel werden. Eine Milliarde Menschen leben im Wohlstand, ein Zehntel davon im Überfluss, drei Milliarden in Armut, mehr als eine Milliarde hungert. Seit 1945 sind 600 Millionen Menschen verhungert, 40 Millionen jährlich. Das sind zehmal soviel Menschen als Tote im 2. Weltkrieg. Täglich verhungern weltweit 40 000 Kinder. Unsere Lagerquellen über, während die europäischen Staaten

Fortsetzung Seite 9



Fortsetzung von Seite 8

Milliarden für die Stilllegung fruchtbarer Äcker zahlen. Aber auch in den reichen Ländern gibt es Not. In den 12 EU-Staaten leben 44 Millionen Menschen in Armut. Das sind 14 Prozent! In den USA sind es 10 Prozent der weißen Bevölkerung und 31 Prozent der Afroamerikaner. Überall in der Welt werden Güter und Dienstleistungen aller Art dringend benötigt, trotzdem sind in Westeuropa 35 Millionen arbeitslos, weltweit sind es 820 Millionen, fast ein Drittel der arbeitsfähigen Menschen. Die Direktoren großer Industrieunternehmen in den reichen Ländern verdienen in einer Minute soviel wie die Menschen in den armen Ländern in ihrem ganzen Leben. Und die Einkommen der Eigentümer von Gold, Platin

**„Zwischen dem Starken und dem Schwachen befreit das Gesetz, während die Freiheit unterdrückt.“**

und Diamantenminen sind noch viel höher. So verdient ein südafrikanischer Minenbesitzer 2 Milliarden Dollar im Jahr. Das ist dreimal soviel wie das jährliche Einkommen der 5 Millionen Einwohner des Tschad insgesamt. Sollten einmal

Außerirdische auf der Erde landen, dann würden sie nach einer Analyse der Weltwirtschaft der Erdenmenschen zum Schluss kommen: diese Menschen leiden an einer schweren Gehirnerkrankung! Die Aufgabe der Wirtschaft sollte es eigentlich sein, die allgemeinen Bedürfnisse durch sinnvolle Organisation der Arbeit zu befriedigen. Es muss aber festgestellt werden, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem diese Aufgabe nicht erfüllt, und auch in Zukunft nicht erfüllen kann. An dieser Stelle ist es berechtigt, auf das Problem einzugehen: **Was sind Werte?**

Geisteswissenschaftliche Werte, um die es in diesem Beitrag geht (philosophische, ethische, ästhetische), sind im Gegensatz zu mathematischen und ökonomischen Werten (Mehrwert, Tauschwert, Geldwert) geistige Konstrukte (Gerechtigkeit, Freiheit, Humanität, Redlichkeit, Wahrhaftigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Barmherzigkeit etc.), die wir bestimmten Dingen und Verhältnissen zuordnen. Sie sind historisch gewachsen und in einem spezifischen Kulturkreis integriert.

Das Wertesystem eines Kulturkreises gehört zu dessen Erkenntniskern. Stellen wir uns folgendes vor: Zwei Persönlichkeiten führen einen Dialog in englischer Sprache, die sie beide ausgezeichnet beherrschen. Der eine ist ein Moslem, der andere ein Europäer. Keiner von beiden ist über das Wertesystem des anderen informiert. Sie werden aneinander vorbeire-

den, ohne den anderen zu verstehen. Als ein bekannter Jurist, ein Vertreter der Linkspartei, im März in einer Sitzung des Parlaments den französischen Aufklärer J. J. Rousseau zitierte, war er sehr erstaunt, dass alle Abgeordneten, außer den Linken, in ein Protestgeschrei ausbrachen. Was hatte sie so erregt? Rousseau schreibt in seinem Gesellschaftsvertrag: „Zwischen dem Starken und dem Schwachen befreit das Gesetz, während die Freiheit unterdrückt“. Völliges Unverständnis für den Rousseauschen Grundgedanken: Absolute Freiheit hilft den gesellschaftlich Starken, während der Gesetzgeber eines starken Staates den

**Mehr direkte Demokratie könnte dem Parlament nicht schaden, denn in der BRD ist sie völlig erloschen.**

Schwachen wirklich helfen kann. Gerade Rousseau ist es, der den Wert Freiheit sehr hoch einschätzt. An einer anderen Stelle schreibt er: „Sobald ein Volk sich vertreten lässt, ist es jedenfalls nicht mehr frei.“ Das heißt: Mehr direkte Demokratie könnte dem Parlament nicht schaden, denn in der BRD ist sie völlig erloschen. Eine starke direkte Demokratie ist mehr als turnusmäßige Teilnahme an Wahlprozeduren. Sie meint vielmehr die

direkte Teilnahme ihrer Bürger am politischen Geschehen. In einer lebendigen Demokratie müssen sich die Bürger selbst organisieren, sei es um auf den politischen Prozess einzuwirken, sei es um die öffentliche Meinung zu verändern. Aber ist das nicht alles Utopie? Selbstverständlich, aber reale Utopie und keine formale. Letztere ist niemals zu verwirklichen, während die reale Utopie der Möglichkeit nach zu verwirklichen ist. Kant weist darauf hin, dass, wenn die Menschen etwas tun sollen und es nicht tun, die „große Künstlerin Natur“ sie dazu zwingt, es doch zu tun.

Wenden wir diesen Metapher auf die heutige Zeit an, so bedeutet das, dass z. B. Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten einen intensiven Einfluss auf parlamentarische Entscheidungen nehmen können, und zwar nicht bloß als Berater, sondern als Mitgestalter (beispielsweise Ökonomen, Ökologen, Mediziner, Juristen, Geistes- und Naturwissenschaftler). Von einem historisch evolutionären Standpunkt aus gesehen, kann die Systemeigenschaft bzw. der WERT Demokratie als eine Art Anpassungsmechanismus an die permanenten Veränderungsprozesse gesehen werden. In diesem Sinne kann die bewusste Durchsetzung einer partizipativen Demokratie als erster Schritt in Richtung einer neuen Gesellschaftsformation – vielleicht eines *demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts*, gewertet werden.

Wir sind Papst“ hatte BILD gejubelt, als Kardinal Ratzinger dem polnischen Papst auf dem Stuhle Petri folgte. Nun hat der deutsche Papst am 28. Mai Auschwitz besucht. Die Medien griffen seinen Satz auf: „Ich musste kommen. Es war und ist Pflicht der Wahrheit, dem Recht derer gegenüber, die gelitten haben, eine Pflicht vor Gott, als Nachfolger von Johannes Paul II. und als Kind des deutschen Volkes hier zu stehen – als Sohn des Volkes, über das eine Schar

von Verbrechern mit lügnischen Versprechungen, mit der Verheißung der Größe, des Wiedererstehens der Ehre der Nation und ihrer Bedeutung, mit der Verheißung des Wohlergehens und auch mit Terror und Einschüchterung Macht gewonnen hatte, so dass unser Volk zum Instrument ihrer Wut des Zerstörens und des Herrschens gebraucht und missbraucht werden konnte.“ die schwülstige Sprache ist ein Musterbeispiel dafür, wie Sachverhalte verschleiert und vernebelt werden. die Aussage lautet verkürzt: „Die Deutschen“ seien unter die Räuber gefallen. Aber wer hat das warum betrieben?

Und für einen Papst – erst recht für den „Deutschen“ – lautet doch die zentrale Frage: wie haben sich die Vorgänger des polnischen und des deutschen Papstes gegenüber dem Faschismus in Rom, Madrid, Berlin und anderswo verhalten? Warum erhielten die faschistischen Führer den Segen und die Unterstützung des Vatikans und der Bischöfe? Benedikt XVI. verfügt über genügend Geheimakten, die die Mitverantwortung des Vatikans für die faschistischen Verbrechen belegen.

Aber sie sind nicht nötig: Rolf Hochhuths „Stellvertreter“, Karlheinz Deschners „Mit Gott und den Faschisten. Der Vatikan und die Entstehung des modernen Antisemitismus“, Peter Godmans „Der Vatikan und Hitler. Die geheimen Archive“ und andere Bücher enthalten genügend Stoff zu Frage: „Wie und Warum hat der Vatikan mit den Faschisten – auch bei ihrer Aggressions- und Ausrottungspolitik – kollaboriert? Darauf in Auschwitz eine päpstliche Antwort zu geben – das wäre die „Pflicht der Wahrheit“ gewesen, die Benedikt XVI. schließlich angekündigt hatte.

• HORST SCHNEIDER, DRESDEN

## Der kurze Weg zwischen Pfingsten und Auschwitz

Pfingsten ist die Zeit der Punsäglichen Grußbotschaften an die „Heimatvertriebenen“. In diesem Jahr wie in jedem. Nicht einmal der deutsche Papst Benedikt XVI. macht da eine Ausnahme. Im vorigen Jahr unterstrich er sogar ganz besonders die Bedeutung der Heimat für den Menschen. Ihre gewaltsame Wegnahme sei ein Akt, der sich gegen die Menschenwürde richte. Erzbischof Leonardo Sandri aus dem Staatssekretariat des Vatikans schob in einer Presseerklärung nach: „Heimat hat geographische, kulturelle, geistliche und religiöse Dimensionen. Sie gehört zum Menschen und seiner Geschichte und darf daher niemandem gewaltsam genommen werden. Ideologien, die Verreibungen fordern oder rechtfertigen, richten sich gegen die Würde des Menschen.“ Dann gibt es noch den üblichen päpstlichen Schutz und Segen. Was fehlt, was mit keiner Silbe auch nur angedeutet wird, ist der Auslöser für diese „Vertreibung“, der Krieg zur Eroberung, zur gewaltsamen Wegnahme von sowjetischem Boden und Bodenschätzen. Wofür Hitler schließlich von der deutschen Großindustrie an die Macht gesponsert wurde. Das Potsdamer Abkommen, in dem die drei Siegermächte völkerrechtlich verbindlich die Umsiedlung festlegten, um weitere

Konflikte unter den Völkern zu vermeiden, existiert für den Deutschen Ratzinger ohnehin nicht. So wenig wie seit jeher für die bundesdeutschen Regierungen. In diesem Jahr dasselbe Pfingstspiel – nur dass die „Vertriebenen“ ihre Opferpolitik noch einen Zahn aggressiver betrieben. Ein bisschen makaberer vielleicht, weil es diese unmittelbare

liefern waren und von der sie „missbraucht“ worden seien. (Übrigens, an anderer Stelle rechtfertigte sich Ratzinger einmal: Es sei ihm – als Zeuge antisemitischer und antisozialistischer Ausschreitungen gegen seine deutschen Mitbürger „absolut“ unmöglich gewesen, Widerstand zu leisten.)

Während der deutsche Papst für „unser Volk“ historisches und göttliches Vergeben erbat, griff er die von der deutschen Kriegsmaschinerie Überfallenen scharf an: Das „Blutopfer der russischen Soldaten“ habe eine „Doppelbedeutung“, es habe schließlich „einer neuen Diktatur“ gedient. Welch grausiger Affront des ehemaligen Flakheifers für den NS-Rüstungsbetrieb BMW zum Blutopfer, das 30 Millionen Sowjetbürger zur Befreiung der Erde vom Faschismus brachten.

Diese Gleichsetzung der deutschen Verbrechen mit ihren sich wehrenden Opfern mag ebenso vatikanische wie offizielle bundesdeutsche Lesart sein, die generelle Geschichtsbetrachtung der Nachfahren Jesu ist es gewiss nicht.

• M. WARTELSTEINER



Vorgeschichte hat, den so verkündeten Besuch seiner Heiligkeit in Auschwitz. International alles andere als bejubelt, schrieb Benedikt XVI. etwas mystisch die Mordtaten des nationalsozialistischen Deutschlands einer „Schar von Verbrechern“ zu, der die Deutschen halt ausge-



War dieser Titel für das diesjährige Bachfest Leipzig nur eine sich mit Mozarts 250. Geburtstag anbietende, mehr Besucher anziehende Bezeichnung oder konnten da wichtige Verbindungslinien von Bach zur Wiener Klassik verdeutlicht werden? Nun, die Wege zur Wiener Klassik und speziell zu Mozart gehen gewiss nicht nur von Bach aus. Doch dank ideenreicher Programmgestaltung waren wesentliche Verbindungslinien von Bach zu Mozart klingend zu erleben.

Nach den beeindruckenden Aufführungen der Messe c-Moll durch den Dresdener Kreuzchor mit der Batzdorfer Hofkapelle unter Leitung Roderich Kreiles und Mozarts Requiem durch die Thomaner mit dem Gewandhausorchester unter Georg Christoph Biller (siehe LN 11'06), waren es vor allem zwei Konzerte, die den Weg von Bach zu Mozart klingend erleben ließen. Im Programm der Rheinischen Kantorei und des Kleinen Konzertes unter Hermann Max folgte Bachs selten zu hörender Hochzeitskantate „Dem Gerechten muss das Licht immer wieder aufgehen“. Eine Osterkantate des Bach-Sohnes und -Schülers Carl Philipp Emanuel, die mit „Jauchzet, frohlocket“ aus dem Weihnachtssoratorium des Vaters eingeleitet wird, aber mit eigenen Kompositionen weiterführt. Dann erklang das aufhorchen lassende „Dies irae“ c-Moll des jüngsten Bach-Sohnes Johann Christian, Schüler des

Vaters und Carl Philipp Emanuels, aber bereits auch mit neuer italienischer Kirchenmusik vertraut. Von da war der Weg zu Mozarts Kyrie d-Moll KV 341 nicht allzu weit. Sehr eindrucksvoll.

## Von Bach zu Mozart

In dieser Nachbarschaft boten auch Ton Koopman - dieses Jahr mit der von der Stadt Leipzig gestifteten Johann-Sebastian-Bach-Medaille ausgezeichnet - und das Amsterdam Baroque Orchestra mit Instrumentalwerken von Johann Sebastian, Friedemann und Carl Philipp Emanuel Bach ein aufschlussreiches Programm.

Spannend ging es auch im Instrumentalkonzert des Europäischen Kammerorchesters mit dem auf einem Hammerklavier großartig aufspielenden Pianisten Malcolm Bilson unter Leitung von Douglas Boyd zu. Unabhängig davon, ob Mozart das Konzert d-Moll von Bach gekannt hat, faszinierten geistige Beziehungen zu seinem Klavierkonzert d-Moll KV 466. Wenn dann noch die sogenannte Jupiter-Sinfonie derart energiegeladener hören ist wie unter der Leitung Boyds, werden die Beziehungen Mozarts zu Bach vollends offenbar. Gefeierte wurde das Europäische Kammerorchester auch in Gemeinschaft mit dem Balthasar-Neu-

mann-Chor unter Leitung Boyds mit Carl Philipp Emanuel Bachs Magnificat D-Dur und Joseph Haydns Nelson-Messe. So wie Mozart im Hause des Barons Gottfried van Swieten, Präfekt der Wie-

ner Hofbibliothek, mit Musik Bachs wurde er auch mit Werken Händels vertraut. Universitätsmusikdirektor David Timm ließ in einer bewegenden Aufführung mit dem Leipziger Universitätschor und dem Pauliner Barockensemble Mozarts Einrichtung des „Alexanderfestes“ zu einem Ereignis werden.

Das große Vokalwerk Bachs nicht fehlten, versteht sich. Frieder Bernius gestaltete mit dem Kammerchor und dem Barockorchester Stuttgart die Johannes-Passion exzellent in einer Rekordzeit von einer Stunde und 45 Minuten. Er beherrscht mit seinen Interpretationen alle spieltechnischen und aufführungspraktischen Probleme. Dabei gerät er aber auf Kosten des musikalischen Ausdrucks zuweilen in die Nähe veräußerlichter Virtuosität.

Der krönende Abschluß des Festes war dem Thomanerchor, dem Kammerorchester La Stravaganza Köln und dem Trompeten Consort Innsbruck unter Lei-

tung von Georg Christoph Biller zu danken. Der Thomaskantor führte den in vorbildlicher stimmlicher Verfassung befindlichen Chor zu ergreifendem Ausdruck. Schon das in gelassenem Tempo gesungene einleitende Kyrie bewegte mit eindringlicher und zugleich verinnerlichter Gestaltung nachhaltig, andere Sätze wie „Et incarnatus“ und „Crucifixus“ ebenso. Glanzvoll erklang das Sanctus. Doch der Chor brillierte auch dort, wo Koloraturen virtuose Beweglichkeit fordern.

Zwei gewichtige, Robert Schumann gewidmete Konzerte des Gewandhauses unter Riccardo Chailly (Klavierkonzert a-Moll mit Martha Argerich, Transkriptionen von Peter Tschaikowski und Maurice Ravel, vierte Sinfonie) und des Rundfunks unter Howard Arman („Das Paradies und die Peri“) wurden unverständlicherweise nicht ins Bachfest-Programm aufgenommen, obwohl dieser Komponist neben Felix Mendelssohn Bartholdy wahrhaft viel für die Bach-Renaissance getan und von Bach gelernt hat. Charakteristisch für die Leipziger Bachfeste ist ihre Vielfalt. Metten, Motetten, Orgel- und Klavierkonzerte, Kammermusiken, auch Opern (diesmal Mozarts „Entführung aus dem Serail“ und „Bastien und Bastienne“), Bach-Reflexionen und Exkursionen gehörten zum festen Programm mit über 70 nummerierten und 30 weiteren Veranstaltungen. 45.000 Besucher wurden gezählt.

• WERNER WOLF UND EIN TEAM



Eine frühe Verfilmung mit Darstellerin Vera Paschennaja in der Titelrolle kam 1954 auch in die DDR-Kinos. Produziert in Moskau.

### Gorkis „Wassa Shelesnowa“ hinterm Eisernen

Eine willkommene Ergänzung zum Leipziger Spielplan brachte das Gastspiel der Magdeburger mit Maxim Gorkis „Wassa Shelesnowa“ im Schauspielhaus hinterm Eisernen. Die von Tobias Wellemeier inszenierte Zweifassung aus dem Jahre 1935 in der Übersetzung von Rainer Kirsch zeigt die Titelgestalt noch härter als die ursprüngliche Version von 1910. Da fordert die Shelesnowa, die Eiserne, um Schande vom Geschäft und von der Familie fern zu halten, von ihrem trunksüchtigen, wegen Kindesmißbrauch angeklagten

Mann gebieterisch, das ihm gereichte Giftpulver zu schlucken. Insgesamt gibt sie den Ton im Geschäft und in der Familie an, ohne Widerspruch zu dulden. Doch wenn sie über ihr eigenes elendes Leben spricht, keimt für sie zumindest in dieser Szene einiges Mitgefühl auf.

Iris Albrecht lässt diese Frau weithin als böse und gefühllos erscheinen, schreit, keift zu viel, wo Schärfe des Tones genügen würde. Diese Zuspitzung kennzeichnet die Inszenierung insgesamt. Heute unvermeidlich scheinendes Geknutsche und Gegrapsche gehört dazu. Es mangelt an der Kunst der Zwischentöne, der wirklichen Beherrschung der Sprache. Dennoch gab es viel Beifall, schon um des Stückes willen.

• W. W.

### Sehens- und hörens-wert



Auch auf die nebenstehende Frage im Flyer gibt es eine Antwort. Denn sie sind nun wieder offen, nach langer Bauzeit, die Türen des Museums für Musikinstrumente. So können sich nun Interessierte aus nah und fern wieder an den seltenen Exponaten erfreuen. Es ist die mit 5400 Objekten reichste und größte Musikinstrumentensammlung Deutschlands. In nun angemessenen Räumen mit notwendiger Klimaeinrichtung, Licht- und Klangeinrichtungen sind die empfindlichen Instrumente sicher und sichtbar untergebracht. Nun ist es für Besucher möglich etwa dreimal soviel Exponate zu sehen. „Die Suche nach dem vollkommenen Klang“ ist das leitmotivisch prägende Thema, das in zwölf umfangreichen Kapiteln nachgezeichnet wird. Auf die sächsische Instrumentenbaugeschichte des 18. Jahrhunderts, die das Museum dokumentiert, verweist Dr. Eszter Fontana im Gespräch. Außerdem ist die Direktorin des Museums stolz auf ein Clavicord von 1720, das in der Welt einmalig ist und nun wieder bewundert werden kann. Gebaut von Bartolomeo Cristofori. Ein Klanglabor sowie geplante Konzerte und Filmvorführungen und vieles mehr erwecken für alle Interessierten die Musik vergangener Zeiten zu neuem Leben.

• H.G.

Mitunter gibt es doch noch richtige Überraschungen auf dem Bildschirm. Nicht etwa Programmänderungen aus nichtigem Anlass. Nein, da spürt man wirklich, dass ab und an noch Leben auf der Mattscheibe ist. Jüngst war wieder mal so ein Moment, der fast 30 Minuten dauerte. Völlig ungeplant beim Freitagabend-Talk aus Bremen „3 nach 9“. Moderator Giovanni di Lorenzo quälte sich im Vorhinein noch die Erklärung ab: „... dass es nicht dem Charakter der Sendung entspräche, Leute aufeinanderzuhetzen.“ Wer duellierte sich da ungewollt? Es waren Florian Henckel von Donnersmarck und Henry Hübchen. Zwei Wortfechter wie sie unterschiedlicher nicht sein können. Der eine glaubt, den Film dieses Jahres gedreht zu haben. Der andere weiß, dass dem nicht so ist. Florian küsste kürzlich die „LOLA“ vor aller Fernsehhaugen. Henry biss danach im „STERN“ kräftig zurück. Und brachte es im Fernsehen auf den Nenner: „Ich sehe mit Sorge, dass viele Schulklassen ins KINO Internatio-

### FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

## Duell

Von MICHAEL ZOCK

nal geführt werden und nun glauben, sie bekämen die DDR vorgeführt. Es sei aber nur eine amerikanisch angehauchte Polit-schmonzette, die er seinem Enkel nicht zeigen möchte.“ Das hatte gesessen. Florian ahnte schon, wer ihm in dieser Runde gegenüber saß, denn rein zufällig holte er den „STERN“ aus seinem Jackett und donnerte mit amerikanischem Akzent zurück, „dass er gut recherchiert hätte bei Gauck, Biermann und Freya Klier.“

Das interessierte nun Henry wieder überhaupt nicht, denn er „hätte ja auch ihn zu der dargestellten Problematik mal fragen können“. Florian irritiert: Herr Hübchen, „sie waren doch in den 80-er Jahren nur DDR Surfmeister!“ So gab ein Wort das andere und die Sendung gewann einen Wellenschlag, den die Moderatoren bald wieder ins übliche Fahrwasser lenkten. Sehr zum Ärger der Fernsehzuschauer, die beim Sender anriefen und noch mehr Bewegung wollten. Aber leider wird dem wohl nicht stattgegeben werden. Henry Hübchen sagte zwar, dass er gern in passenderer Runde über den Film „Das Leben der Anderen“ mit Florian Henckel von Donnersmarck streiten würde, „nur leider, so ein Format gäbe es derzeit im Programm nicht“. Trotzdem: die alte Tante Talkshow war plötzlich ungewohnt frisch und lebendig. Und es war interessant zu beobachten, dass Hermann Kant offenbar recht hatte. Siehe die Anmerkung auf Seite 11 in LN.



# Die Betroffenheit des Hermann Kant

Gedanken und Zitate zum 80. Geburtstag

**Wir sind uns nie persönlich begegnet. Trotzdem wage ich diese Überschrift. Geschuldet der Tatsache, dass mir die Bücher Hermann Kants seit vielen Jahren Lebensbegleitung sind, und er mir durch sie vertraut wurde. Es begann lt. Lehrplan mit „Die Aula“. Später, seit dem „Impressum“, las ich alles sehr freiwillig – bis hin zu „Abspann“ und „Kino“. Mir gefiel auch der kurze DEFA-Fremdang als Nebendarsteller in „Ach du fröhliche“. Kant verfasste außerdem das Drehbuch zu dieser schönen, immer noch sehenswerten Film-Komödie des Jahres 1962.**

Vor etlichen Jahren beschrieb Hermann Kant folgenden Fundsache in „Zu den Unterlagen“: *Ich bin, ein hungriger Kriegsgefangener im brandschwarzen Nachkriegs-Warschau, in einem Ruinenkeller auf sechs solide Holzkisten getroffen, die randvoll gefüllt waren mit Büchern, von denen ich kaum eines kannte. (...) Daß ich vergessen habe, wem diese Bibliothek einmal gehört hat, muß ich Schande nennen. Ich weiß nur, der vormalige Besitzer aus Liegnitz in Schlesien, hat mich zu einem Stück Leben gebracht. Denn die Welt wurde mir anders, mit beinahe jedem Buch, das ich aus der Truhe zog. Die Welt wurde richtiger. (...) Und bleiben soll es hier bei der namentlichen Nennung eines Buches, das ich dort gefunden habe. Es hieß kurz und*

*spröde und allumfassend „Krieg“ (...) Der „Krieg“ von Ludwig Renn hat mich aus der Fassung gebracht. So betroffen über bedrucktem Papier war ich selten und so nachhaltig betroffen kaum. (...) Es ist unübertrefflich, weil ihm keine Erfindung anzumerken ist.*

Leser konnten Hermann Kant auch ganz anders kennenlernen, als er viele Jahrzehnte später den Genossen Egon Krenz anschrie. Notiert in „Abspann“. Es war während des letzten SED-Parteitag gegen Mitternacht in der Dynamo-Halle. In den vollgestopften Wandelgängen war an Wandeln nicht zu denken. Und aus einer Nische schrie Egon dem Hermann zu: *„Ja, du kannst wenigstens noch ein Buch schreiben, aber ich, was kann ich? Ich bin arbeitslos“ Ich schrie zurück: „Kannst Du doch genauso, brauchst ja nur über das Jahr 89 zu berichten.“* Prompt begehrte der künftige „Kollege“ zu wissen, wie er das anstellen solle.

## Unendliche Wende

*„Auch wenn man ein Alter ist, möchte man nie wie ein Alter klingen“*, meinte Kant im academixer-Keller. Das war im März 1997, und da saß ihm auf der Bühne sein Kollege Zwerenz gegenüber coram publico. Beide haben vier Jahre in Kriegsgefangenenlagern gesessen. Kant in Polen, Zwerenz in der Sowjetunion. Beide sind, wie sie sagten, nicht unbeschädigt zurückgekommen.

1956, im Jahr des XX. KPdSU-Parteitag, ging Zwerenz Richtung Westen. Kant blieb in der DDR. Sie sind sich nie begegnet, nahmen sich aber zur Kenntnis. 1997 suchte Zwerenz das Gespräch mit Kant. Polemisch, wie das beider Art ist. Kant: *Dinge, wie sie jetzt liegen, haben Vorgeschichten, sowohl persönliche als auch gesellschaftliche. Gesellschaften laufen auf Konflikte zu und Individuen haben sie auszulöffeln bzw. mit ihnen fertig zu werden. Ich auch.*

Zwerenz: *Ich bin schockiert über die jetzige Bundesrepublik. Ich erfahre zunehmend Details einer heutigen Entwicklung, die offenbar alle linken Klischees bestätigen. Andererseits hat der Bankrott des Sozialismus auch zu einer neuen Übermacht des Kapitals geführt.*

Die im Dingsda-Verlag in Querfurt von diesem zweistündigen Denk-Disput erschienene CD ist eine Offenbarung und sollte von jedem Kant- und Zwerenz-Anhänger, gern auch Gegner, in Antiquariaten nachgefragt werden.

Nach Hermann Kants Auffassung geschieht in der Literatur Umverteilung von Erfahrung. *„In ihr werden Vorstellungen an anderen Vorstellungen gemessen. In ihr werden Vorstellungen an Realitäten gemessen. Auch an jener Realität, die Erfahrung heißt. Literatur lebt aus Erfahrung und Vision, und sie lebt gegen die Illusion an.“*

• M. Z.



## UNENDLICHE WENDE

Das Leipziger Gespräch auf CD zwischen Hermann Kant und Gerhard Zwerenz vom 23. März 1997. Kant: *Sie haben das eingerichtet. Sagen sie mal, warum?*

Zwerenz: *Ja-a-a (genüßlich), ich wollte sie endlich mal wirklich lebendig gegenüber haben...*

FOTO: LN ARCHIV

## KANT KURZ

Zum Microsoft Urteil:

**„Hi, Bill, wie Gates?“**

Zum Deutschen Filmpreis an Florian Henckel von Donnersmarck in sieben Kategorien:

**„Lola trennt!“**

Ernst Schumacher, der schon lange emeritierte aber immer noch höchst aktive und produktive Professor der Theaterwissenschaft, ist einer der wenigen, die Brecht nicht nur noch gekannt, sondern mit ihm auch einen engen Arbeits- und Diskussionskontakt gehabt haben. Zudem hat er mit seiner 1953 bei Hans Mayer und Ernst Bloch verteidigten und danach als Buch erschienenen Dissertation *Die dramatischen Versuche Bertolt Brechts 1918-1933* die Brecht-Forschung im deutschsprachigen Raum begründet, die von ihm dann immer wieder durch neue Arbeiten bereichert worden ist. Das Brecht-Jahr 1998 gab dem Autor den Anstoß, „seinen“ Brecht in Erinnerung zu rufen. Das heißt Brecht in den Kämpfen und Auseinandersetzungen des ersten Nachkriegsjahrzehnts, an denen Schumacher selbst als junger Kommunist in der Bundesrepublik der Adenauer-Ära aktiv beteiligt gewesen ist. Seine dabei gemachten Erfahrungen haben seinen bayerischen Landsmann Brecht sehr interessiert und sind heute dazu geeignet, vor allem jüngeren Lesern Aspekte der Nachkriegsgeschichte in Deutschland nahe zu bringen, die im aktuellen historischen Diskurs sonst kaum eine Rolle spielen. Spannend schon der Weg des 1921 Geborenen zu Bertolt Brecht. Nach schwerer Verwundung konnte er

## Ein Brecht aus erster Hand

noch während des Zweiten Weltkrieges in München sein Germanistikstudium beginnen. 1943/44 hörte er in Vorlesungen des „Theaterprofessors“ Arthur Kutscher erstmals etwas über den Lyriker und Dramatiker, in dem jener allerdings „das apokalyptische Tier in der deutschen Literatur“ sah, „die größte Pestbeule der Revolution“ von 1918. Nach Kriegsende schrieb der sechsundzwanzigjährige Schumacher an Brecht in Santa Monica, teilte ihm seine Absicht mit, über ihn zu promovieren, und bat um Unterstützung. Brecht beantwortete den Brief nicht. Er hat ihn aber, wie sich erst nach Erscheinen von Schumachers neuen Buch herausgestellt hat, aufbewahrt, so dass er bei der Buchvorstellung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 10. April erstmals verlesen werden konnte. 1949 kam es dann zur persönlichen Begegnung in Berlin, bei der der Jüngere von dem Älteren „als Landsmann und Gleichgesinnter erkannt wurde“: In den folgenden sieben Jahren bis zu Brechts Tod folgten zahlreiche wei-

tere Begegnungen und Gespräche, von denen Schumacher damals schon Notizen angefertigt hat, auf die er jetzt gleichsam als Brechts Eckermann zurückgreifen konnte. Vieles ist also O-Ton Brecht oder kommt dem zumindest sehr nahe, ohne dass der Autor dabei verleugnet, bewusst subjektiv „seinen“ Brecht zu zeigen.

Geschrieben ist das Buch aus der Perspektive der 1990er Jahre, d. h. der Zeit nach der „Rückverwandlung des Sozialismus in eine Utopie“. Schumacher setzt sich kritisch mit dem auseinander, was 1998 aus Anlass des 100. Geburtstages von Brecht an Versuchen unternommen worden ist, den großen Autor durch „Eintheaterung“ seiner politischen Brisanz zu berauben. Er setzt auf „Reaktivierung“ des Dichters im Kampf um sozialen Fortschritt gegen die maßlosen Ansprüche eines entfesselten Kapitalismus. Erreichen möchte er vor allem diejenigen, die jetzt so alt sind, wie er es gewesen ist, als er erstmals etwas von Brecht gehört hat. Der moderate Preis des stattlichen Bandes, der mit dem Budget von Studenten rechnet, soll und sollte dies erleichtern.

• KLAUS PEZOLD

Ernst Schumacher, *Mein Brecht. Erinnerungen 1943-1956*. Henschel Verlag, Berlin 2006. 500 Seiten, 19,90 Euro

## Ein zweiter Blick in den „Rückspiegel“

Der aufmerksame Leser von LN wird sich an das Buch *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel* erinnern. Jetzt ist im LIT-Verlag der Band II unter dem Titel *Alternative deutsche Außenpolitik?* erschienen. Mit dem Fragezeichen soll dem gegenwärtigen Trend zur „Ver-einfachung, der Reduzierung der deutschen Nachkriegsgeschichte auf die Geschichte der Bundesrepublik ein, wenn auch bescheidener Stein des Anstoßes in den Weg“ gelegt werden (Muth). Schließlich haben die „Menschen in der DDR (auch) Geschichte geschrieben, die früher oder später Eingang in die deutsche Nationalgeschichte“ finden wird.

Im ersten Kapitel des 2. Bandes werden folgerichtig die bilateralen Beziehungen der DDR zu Polen, der CSSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien untersucht. Danach folgt ein Kapitel zu den außenpolitischen Interessen der DDR zu Äthiopien und den Befreiungsbewegungen am Beispiel der SWAPO Namibias. Mit besonderer Aufmerksamkeit wird dem Leser das dritte Kapitel anempfohlen, das die Mitarbeit der DDR in der UNO und ihren Spezialorganisationen, den wirtschaftspolitischen Bereich der VN und der UNESCO behandelt. Der letzte Teil berührt die Abrüstungspolitik.

Jeder, der sich mit den internationalen Beziehungen der DDR befasst, sollte erneut in den „Rückspiegel“ schauen, zumal hier Kenner der Materie – ehemalige Botschafter und Leiter von Fachabteilungen des DDR-Außenministeriums – berichten.

• FRANZ-KARL HITZE

Siegfried Bock, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau: *Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel*, LIT-Verlag, Berlin 2006. 257 S., 24,90 Euro



**KALENDERBLATT**

Vor 100 Jahren eingeweiht

**Das Leipziger „Volkshaus“**

Genauer gesagt war es die *erste* Eröffnung des Volkshauses als Stätte der Gewerkschaften, die vor 100 Jahren, am 15. Juni 1906, in der damaligen Zeitzer Straße und heutigen Karl-Liebknecht-Straße nach einjähriger Bauzeit stattfand. Denn zwei weitere Neubeginne sind mit der bewegten Geschichte des Gebäudes im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts verbunden. Das Haus war als seinerzeit größtes Gewerkschaftsgebäude Europas ein Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Lebens in Leipzig. Im November 1918 wählten hier revolutionäre Frontsoldaten ihren Soldatenrat. 1918 tagte hier ein USPD-Parteitag, auf dem sich schon die spätere Vereinigung ihres linken Flügels mit der KPD abzeichnete. Während des konterrevolutionären Kapp-Putsches, der auch in Leipzig auf heftigen Widerstand der Arbeiter und breiter Bevölkerungsschichten stieß, beschossen noch nach Kapps Sturz Soldaten am 19. März 1920 das Volkshaus, das daraufhin ausbrannte. Wenige Tage zuvor hatte hier eine von 18 Protestversammlungen Leipziger Arbeiter stattgefunden, die anschließend zum Augustusplatz marschierten, wobei sie an mehreren Stellen nahe dem Stadtzentrum von Zeitfreiwilligen überfallen wurden, die 40 Leipziger erschossen und rund 100 verletzten („Leipziger Blutsonntag“).

In kaum mehr als drei Jahren wurde das Haus wieder aufgebaut, und am 1. Mai 1923 konnte es erneut eingeweiht werden. Spenden von Gewerkschaftern in Form von „Volkshaus-Gutscheinen“ mit der Aufschrift „Trotz alledem!“ hatten wesentlich zur Finanzierung des Wiederaufbaus beigetragen.

Zu einem zweiten schwarzen Tag für das Volkshaus wurde der 2. Mai 1933. Verbunden mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, plünderten und verwüsteten SA-Leute das Haus. Noch vor dem 10. Mai, dem Tag der Bücherverbrennung, wurde die umfangreiche Bibliothek des Hauses vernichtet. Im Garten des Hauses wurden die Gewerkschaftskartei und Bücher verbrannt.

Schließlich wurde das Haus bei einem Luftangriff im Zweiten Weltkrieg erneut stark zerstört. Nach dem Wiederaufbau konnte es am 1. Juli 1951 erneut seiner Bestimmung übergeben werden. Mit dem Namen Ernst-Thälmann-Haus war es Sitz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und von Einzelgewerkschaften. Heute haben hier der Deutsche Gewerkschaftsbund und einige Mitgliedsgewerkschaften ihr Domizil.

• G. L.

Die entschädigungslose Enteignung der Fürsten war eine Forderung der deutschen Novemberrevolution 1918. Die sich vollziehende Stabilisierung des Kapitalismus und die Wahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten ermunterte jedoch die monarchistischen Kreise, die Forderung nach Entschädigung für die gestürzten Fürstenhäuser zu erheben. Insgesamt wurden Ansprüche in Höhe von 2,6 Md. RM geltend gemacht, obwohl ehemalige Fürsten und andere Adlige bereits hohe finanzielle Zuwendungen – der letzte Kaiser jährlich etwa 600 000 RM – erhielten.

1925 fanden Vergleichsverhandlungen zwischen dem Staat Preußen und den Hohenzollern statt. Die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung erklärte sich bereit, den Hohenzollern eine Viertelmillion Goldmark in Sachwerten und barem Gold zu übereignen. Daraufhin rief die KPD unter der Losung „Keinen Pfennig den Fürsten! Brot und Arbeit dem notleidenden Volk!“ eine breite Protestbewegung ins Leben. Im Reichstag brachte sie einen Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürsten ein.

Am 6. Januar 1926 konstituierte sich mit Unterstützung der KPD, unter Vorsitz des parteilosen Robert Rene' Kuczynski, ein Ausschuss für die Durchführung eines Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, dem sich bis Mitte Januar 25 verschiedene Organisationen anschlossen. Am 26. Januar 1926 kam es zwischen der KPD-,

**Fürstenenteignung****Demokratische Chance – trotz alledem – vertan**

SPD- und ADGB-Führung zu der Vereinbarung, sich gemeinsam an dem für die Durchführung eines Volksentscheids notwendigen Volksbegehren zu beteiligen, das vom 4. bis 17. März 1926 stattfand. In die Listen zeichneten sich über 12,5 Millionen Stimmberechtigte ein. Die Gegner des Volksentscheids, zu denen auch Paul von Hindenburg gehörte, diffamierten ihn als sozialistische Maßnahme zur Enteignung des Privateigentums, um vor allem nichtproletarische Befürworter der Fürstenenteignung abzuschrecken, und riefen zu seinem Boykott auf.

Am Volksentscheid, der am 20. Juni 1926 stattfand, stimmten dennoch von den 15,6 Millionen Wählern, die sich an ihm beteiligt hatten, 14,5 Millionen (36,4

Prozent der Wahlberechtigten) gegen die Fürstenabfindung. Die jedoch für das Gesetz erforderlichen 20 Millionen Stimmen wurden nicht erreicht.

Vom einheitlichen Handeln der Arbeiterbewegung angeregt, hatten sich auch Kreise des demokratischen Bürgertums, unter ihnen bekannte Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei wie Otto Nuschke, an der Bewegung gegen die Fürstenabfindung beteiligt. Ebenso hatten sich hervorragende Vertreter der deutschen Intelligenz für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eingesetzt. Zu ihnen gehörten Johannes R. Becher, Albert Einstein, Siegfried Jacobsohn, Käthe Kollwitz, Max Pechstein, Erwin Piscator, Kurt Tucholski und Heinrich Zille. Die Volksbewegung gegen die



Während KPD und Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund für den Volksentscheid agitierten, kämpften die Höflinge erbittert dagegen.

Fürstenabfindung war die bis dahin machtvollste Einheitsaktion der deutschen Arbeiterbewegung, die sich jedoch wegen zahlreicher innerer Differenzen nicht voll entfalten konnte. Hemmend wirkte sich vor allem die zwiespältige Haltung einflussreicher führender SPD-Funktionäre aus. Dass das verfolgte Ziel nicht erreicht werden konnte, stärkte in der KPD vorhandene Ansichten, dass es in der bürgerlichen Demokratie nicht möglich sei, wesentliche demokratische und soziale Fortschritte zu erreichen. Das führte dazu, dass die Möglichkeiten des Massenkampfes zur Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Weimarer Republik von der KPD unterschätzt wurden.

• KURT SCHNEIDER

Vor 60 Jahren, am 16. Juni 1946, wurde die am 13. März 1922 in den Räumen des Städtischen Kaufhauses gegründete Volkshochschule Leipzig, neu eröffnet. Das 1. Semester umfasste nach intensiver Vorbereitungszeit 147 Kurse (99 Fach- und 48 allgemeinbildende Kurse), für die sich 4 835 Hörer eingeschrieben hatten. Jugendliche belegten besonders stark Kurse zur beruflichen Weiterbildung und Sprachkurse. Wegen des starken Andrangs mussten bis zu 12 Parallelkurse eingerichtet werden.

Zum Rektor wurde der Antifaschist Dr. Herbert Schaller berufen, der

**Volkshochschule wird 60**

Für viele junge Menschen war die Volkshochschule eine große Chance und Möglichkeit, dass, was ihnen der Faschismus, insbesondere durch den von ihm geführten verbrecherischen Krieg, an Bildungsmöglichkeiten geraubt hatte, nachzuholen. Für sie begann damit ein neuer Lebenschnitt unter nunmehr antifaschistisch-demokratischen Bedingungen.

• K. SCH.

**Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (40)**

Am Nordrand des Stadtzentrums zieht sich der *Brühl* genannte Straßenzug entlang, der seit Mitte des 19. Jahrhunderts Synonym für den Pelzhandel in Leipzig war. Seinen Namen hat diese Straße nach dem unzugänglichen Sumpf erhalten, der hier im 12. Jahrhundert aus den Gewässern der Parthe gebildet wurde. Dieser Sumpf wurde im 13. Jahrhundert entwässert. Nur dadurch konnte zwischen 1265 und 1270 hier der nördliche Teil der Stadtmauer gebaut werden. Doch es kam immer wieder zu großen Überschwemmungen. Die beim Mauerbau ins Stadtgebiet einbezogene *Via Regia* erhielt im Volksmund und erstmals 1420 auch in offiziellen Schreiben die Bezeichnung *Pruel* oder auch *Bruel*, woraus dann unser *Brühl* entstand. Dieser Name ist dem Slawischen entnommen und bezeichnete im Mittelhochdeutschen eine sumpfige, bewachsene Wiese. Später dann bezeichnete man damit nur noch Parkplätze.

Anders in Leipzig, hier gaben die sumpfigen Wiesen des 12. Jahrhunderts der bekannten Straße den Namen. Als Johann Jacob Vogel 1696 in seiner Chronik von Leipzig inner-

halb der Stadtmauer 27 benannte Gassen erwähnte, da war bereits der *Brühl* darunter. Offiziell (amtlich) aber wurden die ersten Leipziger Straßen erst 1839 benannt. Das war jedoch zum Großteil eine Übernahme der bisher inoffiziellen Namen – und auch hier wurde natürlich der *Brühl* genannt. Der

**Brühl**

*Brühl* blieb trotz der Stadtmauer nach Westen durch das Ranstädter Tor offen. Bis 1872 aber war der *Brühl* nach Osten, zum Schwanenteich durch das Bernhardinerkolleg und das Georgenhaus, in dem von 1877 bis 1895 das Reichsgericht provisorisch untergebracht war, geschlossen. Aufgrund seiner Lage im Norden des Zentrums und der beiden Hauptstraßen (Hain- und Reichsstraße) zum Zentrum war der *Brühl* von jeher Straße der Ausspannhöfe aus dem Norden. Diese Höfe hatten zur Stadtmauer zu eine beträchtliche Tiefe. An der Kreuzung *Brühl/Reichsstraße* konzentrierte sich traditionell der Handel mit Leder, Pelzen und

Fellen, im westlichen Abschnitt war der Handel mit Tuchen, Wolle und Leinen konzentriert. Nach zwei verheerenden Bränden (1498 und 1518) wurde der *Brühl* jedes Mal wieder für den Rauchwarenhand aufgebaut. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde er zu einem Rauchwarencentrum mit moderner Straßenführung und zweckmäßigen Geschäftshäusern umgestaltet. Dieser Umbau war erst 1914 abgeschlossen. Neben dem Rauchwarenhandel, der zu wesentlichen Teilen in jüdischer Hand lag, entstanden hier auch zahlreiche jüdische Bankhäuser. 1913 betrug der Anteil des *Brühl* am Steueraufkommen der Stadt 40 Prozent.

Im zweiten Weltkrieg fast völlig zerstört, wurde beim Wiederaufbau die ursprüngliche Straßenführung überbaut und ist heute nicht mehr zu erkennen. Bis 1964 verkehrten auf dem *Brühl* noch Straßenbahnen. Berühmte Leipziger wurden am *Brühl* geboren: Käthe Schönkopf, Goethes Jugendliebe, und Richard Wagner, dessen Geburtshaus bereits 1886 abgebrochen worden ist.

• DIETER KÜRSCHNER





Von  
**KLAUS  
HUHN**

Wir sind noch mittendrin im Jubel für die Freunde, die in Deutschland zu Gast sind und dementsprechend behandelt werden sollen. Niemand kann es leugnen: Eine herzwärmende Losung, die aller Welt kundtut, wie Deutschland mit Freunden umzugehen pflegt. Indes: Man sollte die Losung nicht oberflächlich lesen und vielleicht sogar Fragen stellen. Zum Beispiel: „Wer ist Deutschland?“ und „Wer sind Freunde?“ Und dann käme noch die Frage hinzu, ob WM-Gäste etwa eines Tages auf die Idee gekommen sein könnten, ins thüringische Bad Salzungen zu reisen und dort etwa auch noch auf die Idee kamen, in der dort erscheinenden *Südhüringer Zeitung* zu blättern. Wenn ja, könnte ihnen der Artikel eines gewissen Harald Bergsdorf zum Thema „Rechtsextremismus“ in die Hände gefallen sein. In einer Fußzeile wurden die Leser über den Autor dahingehend aufgeklärt: „Harald Bergsdorf ist Politikwissenschaftler und lebt in Erfurt und Bonn.“ Man freut sich zunächst mal für den Mann, denn wer kann sich in diesem Land schon zwei Wohnsitze leisten und wen das neugierig werden lässt, der könnte über Umwege erfahren, dass der Mann sowohl CDU-Vorsitzende im rheinischen Rüngsdorf, als auch Lehrbeauf-

tragter an der Jenaer Universität und schließlich auch im thüringischen Innenministerium tätig sein soll. Fazit: Das ist ein Deutscher! Blicke noch die Frage: Und wie geht er mit Freunden um? Die Spur führt zunächst zu denen, die garantiert nicht seine Freunde sind: Die Linken. Und deshalb geht er auch entsprechend mit ihnen um. Indem er zum Beispiel den

den millionenfachen Judenmord zu verharmlosen.“

Genug des Schwachsinn, der leider kein leicht erkennbarer Schwachsinn ist, sondern Teil der Eskalation des Antikommunismus, der sicher nicht zufällig rund um die Fußball-Fete betrieben wurde. Täve war denen schon immer ein Dorn im Auge und deshalb hatte zum Beispiel die *Berliner Zeitung* Anfang April 1998 ihren besten Mann, Alexander Osang, nach Heyrothsberge und Leipzig geschickt, um den populären Ex-Weltmeister, der damals für die PDS auf der Bundestagskandidatenliste stand – und auch gewählt worden war – in öffentlichen Misskredit zu bringen. Das fiel selbst Osang schwer, was wiederum verblüffte, weil Täves Gutmütigkeit gegenüber seiner Umwelt oft an biblische Nächstenliebe erinnert. Aber ganz am Ende seiner am 4. April 1998 erschienenen Reportage „Ein brauchbarer Held“ behauptete Osang, Täve habe gesagt: „Hitler hat

## Sportkolumne Alles Jubel, oder was?

Lesern der *Südhüringer Zeitung* auf einer knappen Zeitungsseite erklärt: „Rechtsextremismus – Eine Ursache: SED-Diktatur.“

Sollte mich an dieser Stelle jemand fragen: „Zum Henker, was hat das mit Sport zu tun?“, würde ich antworten: Diese Frage hatte ich mir auch gestellt. Und auch eine Antwort darauf gefunden. Kernsatz der Bergsdorf-„Argumentation“: „Bezeichnend schließlich: ‚Täve‘ (Gustav-Adolf Schur, einst Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion, lobt heute die Beschäftigungspolitik Hitlers (Autobahnbau und Aufrüstung) – ‚Hitler hat die Probleme ja noch in den Griff gekriegt‘. Doch Hitlers Beschäftigungspolitik zielt vor allem darauf, den Angriffskrieg und massenhaften Judenmord vorzubereiten. Rechtsextreme Parteien, aber auch die PDS versuchen inzwischen

die Probleme ja noch in den Griff gekriegt, in dem er Autobahnen baute. Heute sind die Probleme zu groß dafür.“ Tatsächlich hatte sich Täve seiner Jugend erinnert und darüber geredet, wie mancher damals über Hitler dachte und wie teuer das Deutschland zu stehen kam. Täve war damals erschüttert, wie man ihn missbraucht hatte. Nun hat er neuen Anlass darüber nachzudenken, was man von denen erwarten darf, die die Politik dieses Landes und damit auch die Medien steuern. Der promovierte „Politikwissenschaftler“ Bergsdorf – Jahrgang 1966, geboren also, als Täve seine Radsportlaufbahn längst beendet hatte – lügt bedenkenlos, Schur habe „heute“ gesagt, was ihm 1998 Osang in übler Absicht unterstellt hatte. Und warum so viel Aufsehen darum? Weil es von Zeit zu Zeit nötig ist, daran zu erinnern, dass wir nur selten „zu Gast bei Freunden“ sind.

## Die Hansestadt und die WM

Auch in Hamburg warf die Fußballweltmeisterschaft ihre Schatten voraus. Bereits seit Wochen stehen überall in der Stadt, auf der Binnenalster wie am Rathaus, auf Verwaltungsgebäuden oder Hotels, große und kleine Tore. Nachts erstrahlen diese mit bläulichen Neonröhren und verkünden vom kommenden Ereignis. Ach die Hamburger Hochbahn AG gibt an den Bushaltestellen der City neben dem Busfahrplan einen Hinweis, wieviel Tage es noch bis zur WM sind. Dafür musste die AOL-Arena, das Fußballstadion der Stadt, seine drei Buchstaben entfernen. FIFA-Auflage, denn die hat zur Finanzierung der Weltmeisterschaft die Werbung verkauft. Und AOL ist nicht dabei.

Damit die US-AWACS-Flugzeuge einen ungehinderten Einblick auf das Stadion und Umfeld bekommen, mussten rund 600 Bäume gefällt werden. Gerade so, als wenn der Dschungel entlaubt wird. Einmal beim Abholzen dabei, wurde auch gleich der Baumbestand rund um die Trabrennbahn Bahrenfeld entsorgt. Hier spielt zwar keine Fußballmannschaft, aber US-Musiker Robbie Williams hat für zwei Open-air-Konzerte das Traberrund gemietet. Da es bekanntlich keine Sozialkarten für Konzerte gibt, musste verhindert werden, dass „Sozialschmarotzer“ von Baumwipfeln aus der Musik lauschen.

Mit der WM-gerechten Einweihung des für 16 Millionen Euro sanierten Jungfernstiegs wurde zudem ein Bettelverbot in der City – von Kaufhäusern und Geschäften bereits seit Jahren gefordert – verkündet. Dagegen protestiert lediglich die Leitung der Katholischen und Evangelischen Kirche. Mit oder ohne WM – die evangelische Kirche hat finanzielle Schwierigkeiten mit dem drittgrößten Krankenhausträger, der Albertinen-Gruppe, die zur ihrer Diakonie gehört. Der Albertinen-Gruppe, mit rund 25 000 Beschäftigten, steht vor einem massiven Stellenabbau. Ab Herbst werden 280 Mitarbeitern betriebsbedingt gekündigt. Nur 170 von ihnen erhalten die Möglichkeit, zukünftig in einer Tochtergesellschaft der Albertinen-Gruppe zu arbeiten, allerdings zu ungünstigeren Konditionen. Die Gehälter werden um fünfzig Prozent gekürzt, auch jenen, die schon dreißig Jahre für die Diakonie gearbeitet haben. Sie erhalten einen Arbeitsplatz in einer Servicegesellschaft für Catering, Reinigung und Logistik. 110 Beschäftigte werden einfach freigesetzt. Betroffen vom Arbeitsplatzabbau sind fünf Betriebsteile, darunter das Amalie-Sieveling-Krankenhaus, das Albertinenhaus, die Seniorenresidenz am Wiesenkamp und die Klinik Poppenbüttel.

Norbert Proske, bei der Gewerkschaft ver.di für Kirche, Diakonie und Caritas zuständig, forderte die Albertinen-Gruppe auf, die Maßnahmen zurückzunehmen. Es müsse nach Lösungen gesucht werden, wie die Arbeitsplätze erhalten werden könnten. „Es wird schwer für die betroffenen Familien, dann noch über die Runden zu kommen“, so Proske.

Auch andere soziale Einrichtungen haben es derzeit schwer. Die Hansestadt kürzt rigoros Pflegesätze wie Zuschüsse. Nur bei der WM 2006 in Hamburg rollt der Rubel.

• KARL-H. WALLOCH

## Das Zentralstadion wird 50

und wird mit Büchern gewürdigt

Runde Geburtstage fordern Rückblicke. In dem vom Verlag *Das Neue Berlin* herausgegebenen Band „Zentralstadion Leipzig“ wird mit vielen Bildern und Geschichten vom Aufbau, über die zahlreichen sportlichen Ereignisse im fertigen Stadion, vom Abriss und dem Neubau berichtet. Einen breiten Raum nehmen die vielen internationalen Fußballspiele im großen Stadionrund ein. Egal ob Lok Leipzig oder die DDR-Nationalmannschaft gewannen oder verloren, im Stadion herrschte meist eine tolle Stimmung. So konnte man am 6. Oktober 1956 den 1. FC Kaiserslautern gegen den SC Wismut Karl-Marx-Stadt im Stadion erleben. Allein für dieses Spiel hätte das Stadion fünfmal größer sein können, so sahen „nur“ 110 000 Zuschauer das sogenannte Jahrhundert-Tor des damaligen Lauterer Weltmeisters Fritz Walter.

Nicht zu vergessen sind die Leipziger Turn- und Sportfeste, die nach der Fertigstellung des Stadions hier von den Leipzigern und ihren Gästen aus aller Welt gefeiert wurden.

Der Band bietet Bilder von Wettkämpfen, so z. B. mit der Weitspringerin Heike Drechsler (damals noch Daute) oder von den Übungsverbänden wie etwa der Ost-Tribüne.

Mit dem – im Zusammenhang mit der Bewerbung um die Fußballweltmeisterschaft 2006 erfolgten –

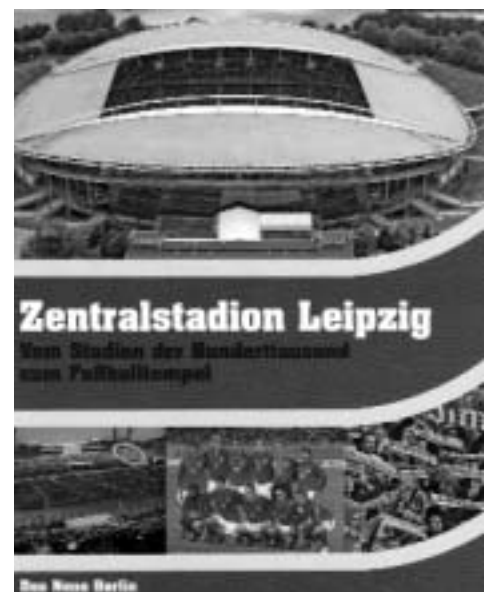
Neubau des Stadions beginnt die Geschichte einer reinen Fußball-Arena, die zum Confederationcup 2005 ihre Feuertaufe bestand.

Der Bildband „Erlebnis Zentralstadion Leipzig“ zeigt die Geschichte des Stadions mit wenig Text in deutscher und englischer Sprache. Dieses Buch ist ein interessantes Mitbringsel für Touristen, die Leipzig und das Zentralstadion besuchen.

• R. FIEBELKORN

A. Debski, M. Kraske, I. Rackwitz, Chr. Werner: *Zentralstadion Leipzig Vom Stadion der Hunderttausend zum Fußballtempel*. Das Neue Berlin 2006. 192 S., 19,90 Euro

Thomas Stridde: *Erlebnis Zentralstadion Leipzig. Pro Leipzig 2006*. 72 S., 13,00 Euro





**AM TELEFON...**

...der Reaktion meldete sich unsere langjährige Leserin Sonja Schwidtmann. Sie bedankte sich für den in Leipzigs Neue Nr. 11 erschie-nenen Nachruf auf den Ausnahmeschauspieler Eberhard Esche. „Ich verehere ihn seit Jahrzehnten und fühlte mich bei den angeführten Zitaten mit ihm seelenverwandt. Das so etwas möglich ist, selbst mit Menschen, denen man noch nie persönlich begegnete finde ich wunderbar.“ Keine anderer Artikel über den in Leipzig geborenen Schauspieler „sei ihr in diesen Tagen so nah gegangen“.

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

**I**ch war zwar erst neun Jahre alt, doch das aktuelle Geschehen – das war damals Kriegsgeschehen – hatte ich intensiv verfolgt. Aufgewachsen bin ich in einer kinderreichen Familie in Brandenburg/Havel, in einer bis dahin glücklichen Familie. Doch es kam der 22. Juni 1941. Jener Sonntag ist mir so im Gedächtnis verankert geblieben, dass er mir bis heute gegenwärtig ist. Ein paar Wochen zuvor war einer der Brüder meiner Mutter – er war Unteroffizier – zu einem Urlaubsabstecher aus Frankreich bei uns zu Besuch gewesen. Ich hörte mit an, wie sich die Erwachsenen über die Kriegslage und -aussichten äußerten. Meine Eltern hofften auf ein baldiges Kriegsende. Doch mein Onkel sah wohl klarer: „Erst müssen unsere Soldaten noch nach Russland.“ Meine Eltern setzten auf den gültigen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion und dachten dabei an die Zukunft ihrer beiden ältesten Söhne, die 18 bzw. 16 Jahre alt waren. Und dann jener Sonntag, jener 22. Juni 1941: Kurz nach halb sechs schlich ich mich, wie auch sonst manchmal, leise aus dem Bett, ging in die Stube und schaltete das Radio ein. Es wurde gerade Hitlers Tagesbefehl an die Soldaten der Ostfront verlesen. Dann folgte eine Erklärung an das deutsche Volk, warum der Nichtangriffspakt vom August 1939 plötzlich als null und nichtig galt. Ich weckte sofort die Eltern auf, die

22. Juni 1941

## Vor 65 Jahren entfesselte Deutschland den zweiten Weltkrieg

sonntags gerne ein bisschen länger im Bett blieben. An Weiterschlafen war nun nicht mehr zu denken. Meine Mutter holte den Atlas und sagte: Seht euch an, das ist Deutschland, das ist so klein. Und Russland ist so groß! Das kann nicht gut gehen! Meine Eltern hatten an diesem Vormittag bereits verstanden: Das ist nun ein großer, langer Krieg, dessen Ausgang völlig ungewiss ist. Und die beiden ältesten Söhne würden in den Krieg ziehen müssen. Als ich später am Vormittag Milch holen ging, gab es nur ein Thema: der neue und ganz und gar unerwartete riesige Kriegsschauplatz, der allein schon mit seiner Ausdehnung alles Vorherige in den Schatten stellte. Klar äußerte man sich vorsichtig. Aber nachdenklich und bekümmert waren sie alle. Zwei Wochen lang hieß es sinngemäß gleichförmig im OKW-Bericht: Die Operationen verlaufen planmäßig. Die Sondermel-

dungen über die großen Anfangserfolge der deutschen Wehrmacht verdrängten dann doch für eine Weile die Sorgen, ja es gab sogar Illusionen vom glücklichen Ende auch dieses Feldzuges.

Zum dritten Mal feierten wir nun Kriegs-Weihnachten, aber 1941 war es das letzte Mal, dass wir gemeinsam, Vater, Mutter und sechs Kinder, unter dem Lichterbaum saßen. Der am 1. September 1939 von Deutschland begonnene Krieg, der Blitzkrieg, war zum Weltkrieg Nr. 2 geworden ....

Meine beiden ältesten Brüder sind aus dem Krieg nicht zurückgekehrt. Die Eltern verloren fast ihr gesamtes mit Fleiß und Sparsamkeit erworbenes Hab und Gut. Jahre bitterer Not folgten, ehe es langsam wieder aufwärts ging. Aber vielen Familien war es noch viel schlimmer ergangen als uns.

WINFRIED STEFFEN  
WETTERZEUBE

Zu LN 8'06: Beiträge über die Vereinigung von KPD und SPD

**A**ls Jugendlerner erlebte ich den Prozess der Vereinigung auf Ortsebene (Görlitz) in den Zusammenkünften der Jungsozialisten, der Antifa-Jugend, den Vereinigungskonferenzen und als Delegierter auf Kreisebene.

Die Auftritte von Otto Buchwitz, Fritz Selbmann, Max Fechner, Robert Bialek u. a. haben mich tief beeindruckt und den Eindruck hinterlassen, dass es keinen „Zwang“ gab, lediglich den, „den die Geschichte selbst auferlegte“ (Prager Manifest der SOPADE). Insofern stimme ich mit Hans Lauter und Horst Schneider weitgehend

## Grundsätze und Ziele aufgegeben

überein.

Allerdings habe ich Einwände zu den Darlegungen von Horst Schneider, der die zunehmende „Zwangsvereinnahmung“ durch den KPD-Apparat unterbelichtet lässt – eines Kurses, der sich Ende der 40er Jahre im faktischen Aufgeben der „Grundsätze und Ziele“ des Vereinigungsparteitages, des proklamierten „deutschen Wegs zum Sozialismus“ manifestierte. Der eigenständige Beitrag der SPD mit ihren 680000 Mitgliedern in der SBZ, der durch das Prager Manifest der SOPADE vom 28. Februar 1934 geprägt war, wurde schon bald zurückgedrängt, durch die Stalinisierung

deformiert, im Kalten Krieg mit dem Signum des Sozialdemokratismus bedacht.

Alles das bestimmte schließlich das Negativbild in der parteioffiziellen Historiographie. Der Korrektheit halber sei angemerkt, dass Willy Brandt nicht zu den Unterzeichnern des Prager Manifests zählte, war er doch Mitglied der Auslandsleitung der SAPD. Ihm, wie auch Max Seydewitz, blieb das Bekenntnis zur SOPADE zur „Einheit des revolutionären Sozialismus“, zur „Front aller antifaschistischen Kräfte“, aus der Feder Rudolf Hilferdings eine „platonische Erklärung“.

HELMUT ARNDT, LEIPZIG

## Keine Gerechtigkeit ohne Freiheit

„Wo immer wir politisch stehen, wissen wir uns als Christinnen und Christen der Botschaft Jesu verpflichtet. Daraus erfolgt unser Bemühen, uns als Christenmenschen zu verhalten und unser Zusammenleben danach zu gestalten – dort wo wir unmittelbar wirken, aber auch in unserem Land, in Europa und in der Welt“, heißt es in einem Grußwort der Arbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen bei der Linkspartei/PDS an den 96. Deutschen Katholikentag, der vom 24. bis 28. Mai in Saarbrücken stattfand. Sein zentrales Thema war „Gerechtigkeit vor Gottes Augen“. Der Vorsitzende der Deutschen

Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann kritisierte: „Die Lebensverhältnisse sind nicht im Lot“. Freilich, eine vollendete, absolute Gerechtigkeit gäbe es nicht. Doch Gerechtigkeit und Frieden, wofür das hebräische Wort Schalom stehe, gehörten untrennbar zusammen.

Prof. Hans-Joachim Meyer, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, ging einen Schritt weiter, indem er unterstrich: „Freiheit ohne Gerechtigkeit ist das Recht des Stärkeren und eine solche Gerechtigkeit wollen wir nicht“. Das Treffen habe eine neue Gerechtigkeitsdebatte angestoßen.

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

## Wanderungen durch Neufünfland

**WER DEMNÄCHST ZUM NATURPARK RÜGEN** wandern sollte und sich von der Inselhauptstadt Bergen nach Nordosten wendet, könnte Bürgern begegnen, die auf Heidelberg schimpfen. Das mag ein wenig wunderlich klingen, hat aber einen realistischen Hintergrund. Bei Zessin will die Heidelberger Zement AG bald damit beginnen auf einem 24 Hektar großen Gelände Kies abzubauen. Über fünf Millionen Tonnen sollen verladen und davongekarrt werden. Niemand weiß genau, wer den Heidelbergern die Spur in die Idylle wies, aber als sich Rügener Naturschützer gegen diesen Plan wandten, entschied das mecklenburgisch-vorpommersche Oberverwaltungsgericht, der Einwand würde zurückgewiesen. Das war schon im Oktober 2004. Die Bürgerinitiative, die gegen die Absicht Sturm lief, legte Widerspruch ein und nun ließ jenes hohe Gericht wissen, dass der Widerspruch nicht zugelassen würde. Nun warten die Naturschützer auf ihre nächste Chance, die theoretisch kommen könnte, wenn die Heidelberger den

Hauptbetriebsplan vorlegen. Die Rügener linke Landrätin Kassner steht auf der Seite der Rügener Landschaftsschützer. Beinahe wäre es noch zu einer Prügelei gekommen, weil sich einer aus unserer Runde dumm stellte und die Frage aufwarf, ob denn hier nicht nur auf besondere Art demonstriert werden sollte, dass endlich „zusammenwächst, was zusammengehört“ – in diesem Fall Rügener Kies und Heidelberger Zementbilanzen. **WIR HOFFTEN AUF BESSERE KUNDE** im Süden und zogen gen Bad Salzungen. Dort langten wir ausgerechnet an, als Soldaten des Panzerbataillons 393 und des Panzergrenadierbataillons 391 verabschiedet wurden. Es hieß, sie würden nach Usbekistan geflogen und von dort dann nach Afghanistan. Statt des thüringischen Innenministers Gasser verabschiedete sie ein gewisser Staatssekretär Baldus und erklärte ihnen auch, was die Thüringer in der asiatischen Ferne zu suchen haben: „Jede Erschütterung der Welt kann Auswirkungen auf Europa und uns haben.“ Eine Begründung, die höch-

stens die Frage aufwarf, warum Thüringer trotz dieser These früher nicht zum Hindukusch mussten. Da gab es doch auch „Erschütterungen“ ... Die einheimischen Zeitungen fügten aus der Rede noch die nicht minder verwirrenden Hinweise an: *Die Stabilisierung der Lage ... dienten so auch Deutschland. Die Aufgabe sei nicht einfach, erfordere Tapferkeit und Pflichtbewußtsein. Die Bundeswehr genieße im Ausland hohes Ansehen, nun sei es an den hier Versammelten, dies zu rechtfertigen.* Und dann wurden noch Einzelheiten über den Redner vermittelt: Im Range eines Oberstleutnants ausgeschieden, nachdem er die Bundeswehr in Bad Salzungen formiert hatte und danach auf den Sessel des Landrats gewechselt. Nun also Staatssekretär. Demzufolge in jeder Hinsicht prädestiniert, auch einst in der friedfertigen DDR aufgewachsenen jungen Menschen beizubringen, dass sie am Hindukusch „deutsches Pflichtbewusstsein“ zu demonstrieren haben.

**KEINEN TAGESMARSCH WEITER**, nämlich in Wernshausen, waren die Nach-

richten auch nicht viel besser. Dort ließ die Direktion der drei hochmodernen Papierfabriken mitteilen, dass demnächst mindestens 55 Arbeitskräfte entlassen werden müssen, weil der „Preisdruck durch billige ausländische Anbieter“ das Unternehmen dazu zwingt. Immerhin versicherte der Geschäftsführer, dass die Geschäftsleitung den Schritt „sehr bedauert“. Das fanden wir immerhin beruhigend.

**AUF DER OBERHOFER HÖH'** erzählte man uns, dass Kriminalisten Büros durchschnüffelt hatten. Es soll Unregelmäßigkeiten beim Bau der so bejubelten neuen Sportanlagen gegeben haben. Andererseits hat der neugewählte Bürgermeister Oberhofs den Bürgern mitgeteilt, dass es sich um eine reine Rufmordkampagne handelt. Er bestritt nicht, dass Ordner mit Unterlagen zur Rennschlitten- und Bobbahn herausgegeben worden seien und auch solche zum Biathlonstadion. Wir zogen weiter, nahmen uns aber vor, mit dem Rennsteigglied auf den Lippen demnächst wieder hinaufzusteigen um zu erfahren, was sich da wirklich zugetragen hat. Wir leben doch in einem Rechtsstaat und da möchte man schon im Bilde sein!

• KLAUS HUHN

## Alles rechtsstaatlich

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN**

**Montag, 19. Juni, 19 Uhr, Leipzig**  
 Vortrag und Diskussion: *Sport, Tod und Existenz. Was kann die Existenzphilosophie zum Verständnis des Phänomens Risikosport beitragen?* Mit Arno Müller, Erfurt. In Zusammenarbeit mit AG „Kopfschlag“, Universität Leipzig.  
 GWZ, Beethovenstr. 15, Dekanatsraum H 4,1.15

**Dienstag, 20. Juni, 18 Uhr, Leipzig**  
*Kongo und Zentralafrika vor dem Hintergrund der Wahlen in Kongo.* Mit Dr. Jürgen Kunze, Vorsitzender der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, Leipzig  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Mittwoch, 21. Juni, 18 Uhr, Chemnitz**  
 Vortrag und Diskussion: *Die Linke in Russland.* Mit Boris Krumnow, Leipzig.  
 Soziokult. Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

**Mittwoch, 21. Juni, 19 Uhr, Dresden**  
 Buchvorstellung und Gespräch: *„Der Mann, der kein Spion war“.* Eine Klaus-Fuchs-Biografie. Mit dem Autor Ronald Friedmann. \*\*\*  
 WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

**Donnerstag, 22. Juni, 18 Uhr, Leipzig**  
 Buchvorstellung und Gespräch: *LINEAGE. Herkunft verfälschter Fakten.* Kriminalfiktion vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte. Mit dem Autor Raimund Krieger  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Dienstag, 27. Juni, 18 Uhr, Leipzig**  
*Marxismus und/oder Existentialismus?* Mit Prof. Dr. Hans-Martin Gerlach, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Horst Pickert.  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Mittwoch, 28. Juni, 18 Uhr, Leipzig**  
*Welches Sozialmodell wollen wir in Europa?* Mit Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen, Mitglied der Euro-Memorandum Gruppe. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig.  
 Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

**Mittwoch, 28. Juni, 18 Uhr, Chemnitz**  
*Exilliteratur 1933 bis 1945.* Mit Dr. Werner Rohr, Chemnitz  
 Soziokult. Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

**Mittwoch, 28. Juni, 18.30 Uhr, Leipzig**  
*Lateinamerika – Auf der Suche nach dem linken Weg.* Mit Dr. Peter Hamann, Leipzig.  
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.  
 Die Veranstaltungen sind öffentlich.

**ISOR e. V.**

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.  
 Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

**Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

**21. 6., 10 Uhr,** Spielort Bibliothek Grünau: *Der Sandmann*  
**23. und 24. 6., 20 Uhr:** *Der Page.* Jugendtheaterprojekt – ab 15 Jahre  
**30. 6. und 1. 7., 20 Uhr:** *Der Prinz von Abessinien.* – ab 14 Jahre

**Feriensommer 2006**

Der Ferien- und Freizeit e. V. will auch in diesem Jahr ein Ferienlager für etwa 200 Kinder und Jugendliche von 7 bis 17 Jahren in der Tschechischen Republik zu den folgenden Terminen organisieren:

- 1. Belegung 26. 7.–6. 8.
- 2. Belegung 6. 8.–17. 8.

Beide Belegungen werden in Kytlice in der Böhmisches Schweiz (bei Decin) durchgeführt. Die Unterbringung erfolgt in festen Unterkünften mit Vollverpflegung. Die Teilnahmegebühr beträgt **189 Euro**

Zuschüsse können bei den zuständigen Sozial- und Jugendämtern beantragt werden. Anmeldungen mit Rückumschlag an:  
 Angela Hähnel  
 Meinersdorf, Hauptstr. 50  
 09235 Burkhardtsdorf

Bund der Antifaschisten e. V. und Förderverein Dr. Margarete Blank e. V.

laden ein zum **Sommerfest**

am Sonnabend, 1. Juli, ab 13 Uhr, in die Margarete-Blank-Gedenkstätte in Panitzsch.  
 Die Gedenkstätte ist zu erreichen  
 – per Fahrrad oder PKW oder  
 – mit einem Großtaxi (Kosten für Hin- und Rückfahrt 5 Euro p. P.), das ab 12 Uhr, Richard-Wagner-Str. 1 bereit steht. Anmeldungen dazu bitte bis 26. 6. im Büro, Eisenacher Str. 72, Tel.: 5964313

**"UNTERM DACH" - Literaturcafé am Freitag**

Letzter Freitag des Monats Mai. Das Wetter ist am Abend unfreundlich und kalt. Nichtsdestotrotz treffen sich Jung und Alt, Schreibende und Literaturinteressierte zum Literaturcafé unter dem Dach des Liebknecht-Hauses in der Braustraße. Die AG Lisa lud ein zu "Vorlesen & Zuhören", einem offenen Lektüre- und Gesprächskreis, der stets den zweiten Abend in der Quartalsreihe bildet.  
 Heute haben wir einen besonderen Gast unter uns – der Schriftsteller Thomas Bachmann ist gekommen. Er stellt, nach einem einleitenden Interview durch die Moderatorin Dr. Christel Hartinger, sein neues Erzählwerk vor, das den Titel "Der verwirrende Anspruch auf Glück" trägt. Unter den ca. 20 Anwesenden entwickelte sich ein reges Gespräch über die vier Romanfiguren, deren Beziehungen (unter ihnen der Ich-Erzähler) vom „Wende“-Prozess umspannt sind.

Im weiteren Verlauf des Abends nahmen junge TeilnehmerInnen, die gerade erst das Gymnasium abschließen, die Möglichkeit zum Vortragen ihrer Schreibversuche wahr. Um die Frage der noch nicht völlig gelungenen künstlerischen Umsetzung entwickelte sich eine sehr angeregte, streitbare, eine geradezu konstruktive "Werkstatt", bei der alle mitredeten.

Wenn nun auch Sie neugierig auf das „Literaturcafé am Freitag“ geworden sind, dann schauen Sie doch einfach mal bei uns vorbei, wir freuen uns immer besonders auf neue Gäste.

Termine finden Sie im Internet unter: [www.lisaleipzig.de](http://www.lisaleipzig.de)

Alexandra Gollan

**Carl-Schorlemmer-Apotheke**



Inhaber:  
 FSD PhR Friedrich Roßner  
 Fachapotheker für  
 Allgemeinpharmazie  
 Karlsruher Straße 54  
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58  
 Arzneimittel-Information  
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
 Büro / Apothekenleiter



Nix gegen literarisch interessierte Katzen. Aber wir brauchen Mäuse!

**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

**Bestellschein**

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

**LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname .....  
 Straße, Hausnummer .....  
 PLZ, Ort .....  
 evtl. Telefon .....

**RECHNUNGSANSCHRIFT**  
 (nur extra auszufüllen, wenn dies ein  **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname .....  
 Straße, Hausnummer .....  
 PLZ, Ort .....

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut .....  
 BLZ .....  
 Kontonummer .....  
 Kontoinhaber .....  
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers .....  
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.  
 2. Unterschrift des Auftraggebers .....



# Verhüllungen



Dieser Mann ist kein Enthüller, wie es in diesen Zeiten so viele gibt, sondern Verhüller. Die Objekte seiner Begierde befinden sich im Leipziger Zentrum und sind schon etwas ramponiert. Für den Pop-Art-Künstler Michael Fischer-Art aber gerade gut genug, um sie mit mehr als vier Tonnen Kunststoff-Planen zu verkleiden. Es geht um die DDR-Platten am Brühl aus den 60er Jahren, die es derzeit recht schwer haben, ein Wohngefühl zu erzeugen. Inzwischen sind sie auch so runtergewirtschaft, dass viele der einstigen Mieter das Weite suchten. Hier und da wird auch schon von Abriss gemunkelt, obwohl es auch laute Stimmen gibt, die sich für einen Erhalt gerade dieses Baustils stark machen, der gerade auch das Leipziger Stadtbild bis heute prägt. Aber jetzt wird erstmal gepoppt, dass es nur so eine Art ist. Ein richtiger Hingucker soll es werden. Obwohl sich anfänglich die drei Blöcke auch wehrten. Die Schussgeräte müs-

sen deshalb mächtig bolzen beim Anbringen der Planen. „Ich schlage zwei Fliegen mit einer Klappe: Es entsteht Kunst, die viele Menschen nach Leipzig schauen lässt und so ganz nebenbei verschwindet ein leidiger Schandfleck der Stadt.“ – meint der 37-jährige Künstler. Und die Stadt hat offenbar keinen Cent zu den 250.000 EURO, die das Ganze kostet dazu bezahlt. 28 Sponsoren wurden bisher gezählt. LEIPZIGS NEUE ist übrigens nicht darunter. Michael Fischer-Art bemalte schon in Sebnitz ein Haus „Junges Wohnen“ und auch in Leipzig u.a. in der Hochschule für Wirtschaft hinterließ er seine Farben. Dass er mal als Maurer und Hausmeister jobte, ist schon sehr lange her. Inzwischen ist der ehemalige Student der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst freischaffend und agiert übrigens auch als Sonderbotschafter im Verbundnetz der Wärme. Ob das vielleicht hilft, dass sich viele für seinen neuesten Spaß erwärmen werden?

• JOACHIM MICHAEL



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

*Der Kongo-Einsatz der Bundeswehr ist politisches show-business mit militärischen Mitteln. Seit 1999 wurden im Kongo 74 Blauhelm-Soldaten getötet.*

*Alles, was den Kapitalismus heute ausmacht, war früher Sünde.*

WDR 1. 6.

*Viele der Abgeordneten der Regierungskoalition, mit denen ich abgesprochen habe, sind gegen den Kongo-Einsatz. Aber da die Kanzlerin das so versprochen hat, werden sie dafür stimmen. Die Bundeswehr hat jetzt bereits so viele Ärzte im Auslandseinsatz, daß die Versorgung der Truppe zuhause gefährdet ist*

*Amerikanische Journalisten haben auf der internationalen AIDS-Konferenz die Anwesenden gebeten, das Wort Kondom nicht in den Mund zu nehmen, solange die First-Lady Bush im Saal ist.*

DLF 3. 6.

*34 Millionen Quadratkilometer der Erde sind bereits von Wüste bedeckt. Jedes Jahr kommt ein Gebiet zweimal so groß wie das Saarland dazu. In Europa ist Spanien am meisten gefährdet. 6 % seiner Fläche sind bereits Wüste.*

ARD 3.6.

*Der Kongo ist so groß wie Westeuropa. Es gibt keine Regelungsinstanzen, wenn die Wahlen dort schiefehen. Nach dem Grundgesetz können solche Einsätze nicht gemacht werden. Am Verteidigungsbegriff wird z.Z. rumgebastelt. Herr Jung hat jetzt noch den Bedrohungsfall erfunden - den kleinen und den großen. Mit gutem Gewissen konnte man da im Parlament nicht zustimmen.*

*Die Hetzjagd gegen den Gekürten bewiese „ungewollt, wie sehr Peter Handke den Heine - Preis verdient hätte“. Mit der Feststellung endet die gestern von der Süddeutschen Zeitung abgedruckte Erklärung von Kritikerin Sigrid Löffler und Literaturprofessor Jean-Pierre Lefebvre.*

LVZ 3./4. 6.

Klaus Naumann, Institut für Sozialforschung Hamburg.  
3sat 1. 6.

GEFUNDEN VON  
MANFRED ERBE



Fotos: R. Fiebelkorn

Kostproben aus Ländern, die in Leipzig zur WM spielen.  
Iran / Angola / Montenegro / Niederlande/ Spanien / Ukraine / Frankreich / Korea

1. Wo duftet ein Tintenfisch im Teigmantel?
2. Wer kocht kurze Spaghetti mediterran?
3. Wer serviert Hasenrücken a la Bordelaise mit Maronen?
4. Wer brät Sojasprossen?
5. Wer würzt Putenbrust mit Maasdamer Sauce?
6. Wer lädt zu Hähnchen mit Curry und schwarzen Bohnen?
7. Wo wird Brauthonig mit Duftrosenblüten serviert?

Ɐ ⱱⱱⱱ  
ⱶ ⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱ  
ⱶ ⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱ  
ⱶ ⱱⱱⱱⱱ  
ⱶ ⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱ  
ⱶ ⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱⱱ

Leipzigs  
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V.,  
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzigs\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzigs-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,  
Anzeigen, Werbung:  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

13. Juni

Die nächste Ausgabe erscheint am

30. Juni

Spendenkonto

für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig,  
BLZ: 860 555 92,  
Konto: 11 50 11 48 40